



ZENTRUM
**EIGENSTÄNDIGE
JUGENDPOLITIK**



EIGENSTÄNDIGE JUGENDPOLITIK

DIALOGPROZESS

LEITLINIEN

HERAUSFORDERUNGEN



EIGENSTÄNDIGE JUGENDPOLITIK WIRD UMGESETZT: **JUGENDSTRATEGIE 2015–2018** **„HANDELN FÜR EINE JUGENDGERECHTE GESELLSCHAFT“**

Aus dem Zentrum Eigenständige Jugendpolitik wurde die Koordinierungsstelle „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“. Doch nicht nur der Name änderte sich:

Der Dialogprozess, den das Zentrum angestoßen und koordiniert hat, ist von zahlreichen Akteuren aufgegriffen worden. Über Eigenständige Jugendpolitik in Deutschland wird nicht mehr nur geredet – sie ist wesentlicher Bestandteil der Jugendstrategie des Bundesjugendministeriums für die Jahre 2015 bis 2018.

Die Koordinierungsstelle ist dabei zentraler Gestaltungspartner; ihre Aufgabe besteht darin, die Grundsätze und Handlungsstrategien der Eigenständigen Jugendpolitik bundesweit zu verbreiten. Im Mittelpunkt steht der gezielte Transfer auf die kommunale Ebene und die Unterstützung von Strategien für eine jugendgerechte Gesellschaft und Politik vor Ort. Darüber hinaus arbeitet die Koordinierungsstelle bei der Weiterentwicklung und Umsetzung der Jugendstrategie „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“ fachlich eng mit den anderen Akteuren zusammen und sorgt für deren Vernetzung.

Mehr Informationen zur Jugendstrategie und zur Koordinierungsstelle:

WWW.JUGENDGERECHT.DE



INHALT

4 VORWORT

6 MOTIVE, AKTEURE UND INSTRUMENTE

DER DIALOGPROZESS ZUR ENTWICKLUNG EINER EIGENSTÄNDIGEN JUGENDPOLITIK

12 LEITLINIEN, GRUNDSÄTZE UND ZIELE

VEREINBARUNGEN FÜR EINE EIGENSTÄNDIGE JUGENDPOLITIK

18 BETEILIGUNG, BILDUNG UND ÜBERGÄNGE

DISKUSSIONSSTAND UND HERAUSFORDERUNGEN

20 BETEILIGUNGSCHANCEN UND -ANLÄSSE IM POLITISCHEN UND ÖFFENTLICHEN RAUM

22 PRINZIPIELLE ANFORDERUNGEN AN JUGENDBETEILIGUNG

26 PARTIZIPATION DURCH DIGITALE MEDIEN

28 JUGENDBETEILIGUNG AN KOMMUNALER DEMOKRATIE UND ÖFFENTLICHKEIT

31 FÖRDERUNG VON JUGENDBETEILIGUNG DURCH BUND, LÄNDER UND EUROPÄISCHE UNION

34 SCHULE UND AUSSERSCHULISCHE LERN- UND BILDUNGSORTE

36 ZUSAMMENSPIEL VON LERN- UND BILDUNGSORTEN

42 SCHULE ALS LERN- UND LEBENSORT

48 WERTSCHÄTZUNG NON-FORMALER BILDUNG UND ANERKENNUNG NON-FORMALER KOMPETENZEN

52 ÜBERGANGSGESTALTUNG VON DER SCHULE IN DIE ARBEITSWELT

54 VORBEREITUNG UND BERUFSORIENTIERUNG

60 SCHRITTE BEIM ÜBERGANG

64 UMWEGE, BRÜCHE, MOBILITÄT

70 JUNGE ERWACHSENE

74 IMPRESSUM

„Unsere Gesellschaft braucht die Jugend, denn sie trägt maßgeblich zu Entwicklung und Innovation bei. Und unsere Jugend braucht eine Gesellschaft, in der sie ihre Interessen und Wünsche realisieren kann. Darüber hinaus stehen junge Menschen vor steigenden Herausforderungen – durch die demografische Entwicklung kommt der heutigen Jugend und künftigen Generationen eine wachsende Bedeutung zu.

Jugend ist eine eigenständige Lebensphase, in der junge Menschen wichtige Schritte in Richtung Selbstständigkeit gehen: Sie entwickeln eine eigene Identität und eigene Werte; sie suchen nach einem Platz in der Gesellschaft. Jugendliche und junge Erwachsene sammeln wichtige Erfahrungen, sie erproben unterschiedliche Lebensentwürfe und stellen entscheidende Weichen für ihre Zukunft. Zugleich sehen sie sich mit einer Vielzahl an Lern- und Leistungserwartungen konfrontiert. Sie benötigen sowohl Unterstützung und Anerkennung als auch ausreichende Räume und Zeiten, um sich zu eigenständigen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten entwickeln zu können.

Um allen jungen Menschen bestmögliche Startchancen geben zu können, wollen wir mit einer Eigenständigen Jugendpolitik einen neuen Politikansatz gestalten, der die Anforderungen der Gesellschaft an Jugendliche mit deren Bedürfnissen und Interessen in eine Balance bringt. Sämtliche Akteure, die sich mit jugendrelevanten Themen beschäftigen, müssen die Sichtweisen und Anliegen der Jugend wirkungsvoll einbeziehen. Bei allen Gestaltungsprozessen unserer Gesellschaft sind die Belange junger Menschen zu berücksichtigen und mitzudenken.“

Diese Präambel haben wir – das Zentrum Eigenständige Jugendpolitik – unseren Leitlinien für eine neue Jugendpolitik vorangestellt. In diesem Zentrum haben das Bundesjugendministerium, die Obersten Landesjugendbehörden, die Kommunalen Spitzenverbände, das Deutsche Jugendinstitut, der Deutsche Bundesjugendring und die Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ zusammengewirkt. Es war unser gemeinsames Anliegen, Jugendpolitik als ein zentrales Politikfeld mit einer eigenständigen Sichtweise auf die Lebensphase Jugend zu verankern. Dazu mussten wir die Merkmale einer jugendgerechten Politik und Gesellschaft definieren und bekannt machen.

Um das zu erreichen, haben wir in der 17. Legislaturperiode einen breiten Dialogprozess angestoßen und in den letzten beiden Jahren vielfältige Diskussionsbeiträge gebündelt. Das geschah in bundesweiten Fachveranstaltungen, mit groß angelegten Jugendbeteiligungsrunden, durch eigens erstellte Expertisen und Empfehlungen sowie in diversen Projekten auf allen Ebenen von Kommunen bis Europa. Zahlreiche Akteure mit vielschichtigen Interessenlagen haben dabei mitgewirkt.

Trotz einer erheblichen Vielfalt an Visionen und Sichtweisen ist es uns in diesem ambitionierten Projekt gelungen, gemeinsam getragene Leitlinien, Grundsätze und Ziele für eine Eigenständige Jugendpolitik zu formulieren. Damit wollen wir zur Diskussion darüber einladen, wie eine jugendgerechte Gesellschaft und Politik in unterschiedlichen Zusammenhängen konkretisiert und mit Leben gefüllt werden kann. Die Leitlinien sind geeignet als Ausgangspunkt für eine gesellschaftliche Allianz für Jugend.

Unsere grundlegenden Vorstellungen von einer Eigenständigen Jugendpolitik haben wir exemplarisch angewendet auf die Bereiche „Beteiligungschancen und -anlässe im politischen und öffentlichen Raum“, „Schule und außerschulische Lern- und Bildungsorte“ sowie „Übergangsgestaltung von der Schule in

die Arbeitswelt“. In verschiedenen Arbeitsformaten ging es immer wieder darum, konkrete Herausforderungen und jugendpolitische Handlungsbedarfe zu identifizieren. Dabei wurden auch viele offene Fragen benannt und immer wieder standen sich Positionen kontrovers gegenüber. Der begonnene Dialogprozess hat konkrete Themenfelder verdeutlicht, auf denen die Diskussionen weitergeführt werden sollten; manche Fragen wurden auch noch gar nicht angeschnitten.

Die vorliegende Publikation soll den Stand der Diskussionen darlegen und zur weiteren Debatte über eine neue Jugendpolitik anregen. Deshalb wurde bewusst eine Darstellung gewählt, die möglichst die Vielfalt der Auffassungen widerspiegelt. Es geht nicht darum, „richtige“ und „falsche“ Positionen einzuordnen, sondern der bisherige Dialogprozess soll gebündelt und dokumentiert werden. Wir wünschen uns, dass alle wichtigen Akteure – von Schule über Jugendhilfe, Politik, Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Medien und Wissenschaft bis hin zur jungen Generation selbst – die bisherigen Vereinbarungen und Handlungsvorschläge aufgreifen, offene Fragen diskutieren und Kontroversen konstruktiv austragen. Denn eine Eigenständige Jugendpolitik ist weniger Ergebnis als Prozess. Sie entsteht nur, wenn Viele sich einbringen und mit ihren Erwartungen und Wünschen den Alltag junger Menschen neu gestalten.

Wir danken der Geschäftsstelle des Zentrums Eigenständige Jugendpolitik für ihre Unterstützung und die Erstellung dieser Publikation.

Berlin, Juni 2014

Die Mitglieder der Steuerungsgruppe des Zentrums Eigenständige Jugendpolitik



MOTIVE, AKTEURE UND INSTRUMENTE DER DIALOGPROZESS ZUR ENTWICKLUNG EINER EIGENSTÄNDIGEN JUGENDPOLITIK



Die Entwicklung einer Eigenständigen Jugendpolitik ist ein breit angelegter Prozess, an dem zahlreiche junge Menschen und Akteure aus Politik und anderen gesellschaftlichen Bereichen mitwirken. „Eigenständig“ meint dabei nicht den Rückzug der Jugendpolitik auf ein Kerngeschäft oder etwa die Entlassung anderer Bereiche aus ihrer Verantwortung. „Eigenständig“ meint vielmehr die Sichtweise auf die Lebensphase Jugend. Jugend soll – politisch gesehen – nicht länger in Einzelabschnitte und Ressortzuständigkeiten unterteilt werden. Dieser entscheidende Lebensabschnitt muss als Ganzes und damit auch in seiner ganzen Bedeutung wahrgenommen werden.

Jugend ist eine Lebensphase, die immer zeitiger beginnt, die häufig später endet und die schon lange nicht mehr „typisch“ verläuft. Ausbildungsphasen haben sich verlängert, Bildungswege werden vielseitiger. Der Einstieg in die Erwerbsarbeit gelingt häufig nur verzögert und oftmals unter prekären Bedingungen. Lebensformen und Werte verändern sich und konkurrieren miteinander (z. B. Aufschub von Familiengründung trotz wachsenden Wunsches nach Kindern und Familie). Die Grenzen zwischen Öffentlichkeit und Privatheit zerfließen und Leistungsanforderungen nehmen zu, während die Funktion der Jugendphase als Moratorium, in dem verschiedene Lebensentwürfe ausprobiert werden, gesellschaftlich kaum noch zugestanden wird. Das junge Erwachsenenalter hat spezifische Merkmale und ist mit besonderen Anforderungen verbunden.

Jugend ist deutlich mehr als der Übergang von der Kindheit zum Erwachsensein. Die Herausforderungen zeigen sich nicht zuletzt daran, dass kein umgangssprachlicher oder fachlicher Begriff die Gesamtheit der Lebensphase Jugend erfasst. Wie in der bisherigen Diskussion über Eigenständige Jugendpolitik wird im Folgenden die Lebensphase Jugend – also grob die Altersspanne von 12 bis 27 Jahren – mit den Begriffen „Jugendliche“, „junge Menschen“ und zum Teil auch „junge Erwachsene“ abgebildet.

Die zentralen Arbeitsformate des bisherigen Dialogprozesses zur Entwicklung einer Eigenständigen Jugendpolitik in Deutschland waren Tagungen, Jugendbeteiligungsrunden, Expertisen und Empfehlungen (siehe S. 18 f.). Detaillierte Ergebnisse sowie viele weitere Beiträge zum Thema Eigenständige Jugendpolitik sind im Internet unter www.allianz-fuer-jugend.de zu finden.

Das Zentrum Eigenständige Jugendpolitik führte innerhalb von zwei Jahren über ein Dutzend bundesweite **FACHVERANSTALTUNGEN** durch. Dazu gehörten jeweils drei eintägige Fachforen zu den Themenfeldern Beteiligung, Bildung und Übergangsgestaltung sowie eine zentrale Zwischenbilanztagung.

Kooperationspartner waren das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, die Kultusministerkonferenz, das Bundesministerium für Bildung und Forschung, das Bundesjugendkuratorium, die Kommunalen Spitzenverbände, die Bundesagentur für Arbeit und das Deutsche Jugendinstitut. Die Foren waren thematisch jeweils zugespitzt, etwa auf

- // die Anerkennung außerschulischer Bildung,
- // die Beteiligung junger Menschen vor Ort,
- // die Schule als Lern- und Lebensort,
- // lokale Allianzen für Jugend,
- // verschiedene Phasen des Übergangs von der Schule in die Arbeitswelt und
- // das Zusammenspiel verschiedener Lern- und Bildungsorte.

An den Foren wirkten jeweils 100 bis 150 wechselnde Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus verschiedenen Handlungsfeldern der Jugendhilfe, aus Politik und Verwaltung, aus Wissenschaft, Schule, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Medien mit. Unter den Teilnehmenden waren immer auch Vertreterinnen und Vertreter von Selbstorganisationen und Zusammenschlüssen junger Menschen. Neben Fachaus-tausch und Diskussionen war es das zentrale Ziel der Fachforen, jugendpolitische Herausforderungen und



Handlungsbedarfe zu definieren und zu bündeln, ohne dass zwangsläufig gemeinsame Ergebnisse zu verabschieden waren. Dabei haben auch Kontroversen zu wertvollen Erkenntnisgewinnen geführt.

Neben diesen Foren richtete das Zentrum einen Projekttag zum Innovationsfonds des Bundesjugendministeriums sowie einen Workshop zu Lebenswelten Jugendlicher aus. Auch der Fachkongress des 15. Deutschen Kinder- und Jugendhilfetages im Juni 2014 nimmt das Thema Eigenständige Jugendpolitik mit vier eigenen Veranstaltungen des Zentrums und einem Fachforum des Bundesjugendministeriums in Kooperation mit dem Zentrum Eigenständige Jugendpolitik prominent auf.

Neben diesen Fachveranstaltungen tagten drei **EXPERTENGRUPPEN** zu den Themen Beteiligung, Bildung und Übergangsgestaltung. In jeweils drei bis vier Arbeitstreffen wurden Herausforderungen identifiziert und daraufhin entsprechende Handlungsempfehlungen erarbeitet. Die Expertinnen und Experten waren durch die Zentrumsakteure und das Bundesjugendkuratorium als Fachpersonen benannt worden. Auch ihre Empfehlungen stellen weder abschließende Ergebnisse noch bindende Beschlüsse dar, sind aber ein wichtiger Beitrag zur Weiterentwicklung des Politikfeldes „Jugendpolitik“.

Darüber hinaus hat das Zentrum verschiedene **EXPERTISEN** beauftragt, um Sachstände zu erheben, offene Fragen zu bearbeiten oder Kenntnislücken zu schließen, die sich etwa bei Fachforen herausgestellt hatten. Themen der Expertisen waren unter anderem die Rolle von Peers, neuen Medien und Online-Communitys bei der Berufsorientierung und die Partizipation von Jugendlichen in Ganztagschulen. Ferner arbeiteten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu non-formalen Lernprozessen in der Jugendarbeit, zum Stellenwert von Ganztagschulen für ältere

Schülerinnen und Schüler sowie zu Möglichkeiten der beteiligungsorientierten Erhebung von jugendpolitischen Bedarfen vor Ort.

Die Mitwirkung von Jugendlichen ist ein zentraler Bestandteil des Dialogprozesses. Beim online-gestützten **BETEILIGUNGSPROJEKT „ICHMACHE>POLITIK“** des Deutschen Bundesjugendrings bewerteten junge Menschen aktuelle Inhalte aus dem Prozess zur Entwicklung einer Eigenständigen Jugendpolitik – insbesondere die Ergebnisse der Fachforen sowie die Empfehlungen der Expertengruppen. Beteiligungsrunden fanden zu folgenden Themen statt:

- // Anerkennung außerschulischer Bildung,
- // Partizipation,
- // Übergänge zwischen Schule und Beruf,
- // Schule als Lebensort,
- // Bildung und Lebenswege morgen,
- // Jugendpolitik.

Mit dem Projekt bekamen junge Menschen die Möglichkeit, sich in individuellen Settings direkt und wirkungsvoll an der Diskussion über eine Eigenständige Jugendpolitik zu beteiligen. Da die Fachforen jeweils neue Themen in den Mittelpunkt stellten, fanden die Ergebnisse der Beteiligungsrunden zwar nur zum Teil Eingang in die Foren, die Vorschläge und Positionen der Jugendlichen wurden jedoch im Zentrum Eigenständige Jugendpolitik ernst genommen und wertschätzend aufgegriffen. Die Jugendlichen erhielten detaillierte Rückmeldungen von der Steuerungsgruppe des Zentrums über deren Einschätzung zur Umsetzbarkeit. Die Meinungen der Jugendlichen und die Feedbacks der Steuerungsgruppe sind auf den Internetseiten <https://tool.ichmache-politik.de> beziehungsweise www.allianz-fuer-jugend.de nachzulesen.



Deutschland ist nicht das einzige Land in Europa, das gerade seine Jugendpolitik neu ausrichtet. Es ist daher wichtig, den Erfahrungsaustausch auch über Ländergrenzen hinweg zu pflegen. Mehrere Staaten haben sich 2012/2013 zu einem **KOOPERATIONS-PROJEKT ZUR EIGENSTÄNDIGEN JUGENDPOLITIK** (JUGEND für Europa – Transferstelle für die jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa) zusammengeschlossen, um im Prozess voneinander zu lernen. Die beteiligten Länder (Frankreich, Niederlande, Tschechische Republik, Belgien [Flämischsprachige Gemeinschaft], Litauen, Schweden und Deutschland) verständigten sich auf folgende Grundsätze für eine nachhaltige und zukunftsorientierte Jugendpolitik:

- // **Jugendpolitik muss für alle und „positiv“ sein:** Jugendpolitik muss alle Jugendlichen im Blick haben, nicht nur sogenannte „Problemgruppen“. Gebraucht wird ein „positiver“, ressourcenorientierter Ansatz. Jugendpolitik darf Jugendliche nicht als Problemfaktor oder nur als künftige Arbeitskräfte betrachten, sondern sollte an den Stärken und Interessen von Jugendlichen ansetzen und diese unterstützen.
- // **Jugendpolitik muss partizipativ sein:** Partizipation und aktive Bürgerschaft sind unabdingbare Bestandteile und Ziele von Jugendpolitik. Die Interessen, Bedürfnisse und Fragen junger Menschen sollten daher auf allen politischen Ebenen einbezogen werden.
- // **Jugendpolitik muss strukturiert und kooperativ sein:** Dafür muss es bindende Regeln geben, die faire Lebensbedingungen für alle Jugendlichen sichern und einen ausreichenden Spielraum für die regionale und lokale Ebene lassen. Das Zusammenspiel von lokalen, regionalen und nationalen Verantwortlichkeiten muss ebenfalls geregelt sein.

// **Jugendpolitik muss sektorübergreifend arbeiten:** Jugendpolitik muss sektorübergreifend mit allen Politikfeldern kooperieren, in denen es um Jugendbelange geht. Umgekehrt muss in allen Politikfeldern regelmäßig geprüft werden, ob und wie Entscheidungen die Belange von Jugendlichen betreffen.

// **Jugendpolitik muss evidenzbasiert sein:** Jugendpolitik muss evidenzbasiert sein, um auf Veränderungen und Herausforderungen pro-aktiv handeln zu können. Auf der Grundlage eines besseren und größeren Wissens über die Situation Jugendlicher können Entscheidungen abgesichert werden. Gleichzeitig dienen valide Daten auch dazu, das Bild von Jugend in Politik und Gesellschaft positiv zu verändern.

Das Bundesjugendministerium hat 2012/2013 durch einen im Kinder- und Jugendplan aufgelegten **INNOVATIONSFONDS** insgesamt 44 Projekte in den Bereichen politische und kulturelle Bildung, Jugendverbandsarbeit und internationale Jugendarbeit gefördert. Die Projekte setzten in den Anwendungsfeldern Beteiligung, Bildung und Übergangsgestaltung praxisnahe Akzente für die Entwicklung einer Eigenständigen Jugendpolitik vor Ort. Mit der Neuauflage des Innovationsfonds 2014–2016 sollen weitere Impulse gesetzt und innovative Ansätze in der außerschulischen Jugendbildung und Jugendsozialarbeit verbreitet werden. Sämtliche Projekte sind an den Grundsätzen einer Eigenständigen Jugendpolitik (siehe S. 15 ff.) auszurichten.



LEITLINIEN, GRUNDSÄTZE UND ZIELE VEREINBARUNGEN FÜR EINE EIGENSTÄNDIGE JUGENDPOLITIK

Nach intensiven Diskussionen haben die Akteure des Zentrums Eigenständige Jugendpolitik gemeinsam getragene Leitlinien, Grundsätze und Ziele für eine neue Jugendpolitik abgestimmt.

Die Leitlinien benennen die Beweggründe und Anforderungen einer Eigenständigen Jugendpolitik und lassen sich in allen Themenfeldern, die die Lebenslagen Jugendlicher berühren, und auf verschiedenen Handlungsebenen anwenden – von der jugendfreundlichen Kommune bis hin zur gemeinsamen Verantwortung für das Aufwachsen in Europa.

Mit den Grundsätzen und Zielen wird eine Eigenständige Jugendpolitik strategisch gerahmt. Jeder einzelne Akteur kann sie zum Anlass für eigene Zuspitzungen und Beiträge nehmen. Es gilt, konkrete Handlungsanforderungen und Aktivitäten zu benennen, mit denen diese Ziele erreicht werden können.

LEITLINIEN FÜR EINE EIGENSTÄNDIGE JUGENDPOLITIK

» Eigenständige Jugendpolitik richtet sich an alle Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Sie eröffnet gesellschaftliche Perspektiven und Teilhabemöglichkeiten, die für junge Menschen attraktiv sind, so dass sie ihr Leben selbstbestimmt gestalten und mit Zuversicht in die Zukunft blicken können.

» Eigenständige Jugendpolitik ist vorbeugend und ausgleichend, sie ermöglicht allen Jugendlichen mit unterschiedlichen Ausgangslagen faire Chancen. Besondere Unterstützung bietet sie jungen Menschen, die unter erschwerten Bedingungen leben oder die den gesellschaftlichen Anforderungen noch nicht gewachsen sind.

» Eigenständige Jugendpolitik fördert geeignete Verfahren und Strukturen wie Selbstorganisationen und Zusammenschlüsse, damit Jugendliche ihre Interessen geltend machen können. Jugendliche sollen mitentscheiden, wie ihre Lebenswelten gestaltet werden und wie ihre Zukunft beeinflusst wird. Sie sind Expertinnen und Experten in eigener Sache und steuern Wesentliches zu gesellschaftspolitischen Themen bei.

» Eigenständige Jugendpolitik ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die nur mit allen relevanten Akteuren – unter anderem Schule, Jugendhilfe, Politik, Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Medien, Wissenschaft und der jungen Generation selbst – erfolgreich gestaltet werden kann. Diese jugendpolitische Verantwortung soll in einer Allianz für Jugend sichtbar werden.

» Eigenständige Jugendpolitik macht Potenziale und Chancen, die unsere Gesellschaft durch die Jugend erhält, sichtbar und erfahrbar. Sie wertschätzt das Engagement Jugendlicher und befördert ihr positives Bild in der Öffentlichkeit.

GRUNDSÄTZE UND ZIELE EINER EIGENSTÄNDIGEN JUGENDPOLITIK

Unsere Gesellschaft braucht die Jugend – ihre Ideen, ihr Engagement und ihre Potenziale. Und Jugendliche brauchen in dieser entscheidenden Lebensphase die Unterstützung und Anerkennung der Gesellschaft. Politik und Gesellschaft sind deshalb gefordert, die Herausforderungen und die konkreten Bedürfnisse von Jugendlichen in Deutschland in das Zentrum ihrer Debatten zu rücken.

EIGENSTÄNDIGE JUGENDPOLITIK ALS ZUKUNFTSPOLITIK ERÖFFNET GESELLSCHAFT- LICHE PERSPEKTIVEN.

Jugend ist eine entscheidende Lebensphase. In diesem Lebensabschnitt gehen junge Menschen wichtige Schritte in Richtung Selbstständigkeit; sie entwickeln eine eigene Identität und ein moralisches Bewusstsein; sie suchen nach einem Platz in der Gesellschaft und sehen sich mit einer Vielfalt an Lern- und Bildungserwartungen konfrontiert. Jugendliche machen in dieser Altersphase wichtige Erfahrungen, erproben unterschiedliche Lebensentwürfe und stellen Weichen für ihre Zukunft. Diesen Herausforderungen müssen sich alle jungen Menschen stellen, auch wenn die individuellen Ausgangslagen und Bedingungen sehr unterschiedlich sind.

Um den alterstypischen Herausforderungen gerecht werden zu können, brauchen Jugendliche die Zuversicht, dass die Zukunft bewältigt werden kann. Darunter ist die Aussicht auf eine Ausbildungsstelle und einen Arbeitsplatz zu verstehen, aber auch die Sicherheit, in eine lebenswerte Gesellschaft und Zukunft hinein zu wachsen. Berufliche Perspektiven sollten Interessen und Kompetenzen entsprechen,

persönliche Lebensmodelle im gesetzlichen Rahmen frei wählbar sein. Jugend ist aber nicht nur eine individuelle Lebenslage; sie trägt zur gesellschaftlichen Entwicklung und Innovation bei.

Im Zentrum der Eigenständigen Jugendpolitik steht das Bemühen, allen Jugendlichen attraktive gesellschaftliche Perspektiven und Teilhabemöglichkeiten zu eröffnen. Es geht darum, Jugendliche und junge Erwachsene bei ihrer Suche nach Orientierung und bei der Erprobung von Lebensentwürfen zu unterstützen und zu begleiten. Optionen auszuprobieren gehört für Jugendliche ebenso dazu wie Brüche und Umwege.

EIGENSTÄNDIGE JUGENDPOLITIK BETRACHTET DIE LEBENSPHASE JUGEND ALS GANZES.

Eine Eigenständige Jugendpolitik soll der isolierten Betrachtung einzelner Teilaspekte der Lebensphase Jugend entgegenwirken und die Gestaltung jugendlicher Lebenslagen als eine politische und gesellschaftliche Gesamtaufgabe entwickeln.

Jugend ist mehr als der Übergang von der Kindheit zum Erwachsensein. Bei der Entwicklung einer Eigenständigen Jugendpolitik werden die typischen Herausforderungen und Ambivalenzen des Jugendalters und ihre institutionellen Entsprechungen (Bildungsangebote, Unterstützungssysteme und gesellschaftlich geregelte Statuspassagen) thematisiert. Dabei wird das Jugendalter aus doppelter Perspektive gesehen: als eine wichtige Phase der Lern- und Bildungsbiographie wie auch als eine Altersphase, die vor allem aus der Gegenwartsperspektive der Jugendlichen ihre ganz eigene Bedeutung hat.

EIGENSTÄNDIGE JUGENDPOLITIK IST POLITIK FÜR ALLE JUGENDLICHEN.

Jugendpolitik muss wiederkehrende Herausforderungen für alle Jugendlichen beachten und heterogene Lebenswelten und Lebensentwürfe respektieren und fördern. Besondere Unterstützung brauchen Jugendliche, die den Anforderungen nicht gewachsen sind und/oder die unter erschwerten Bedingungen leben.

Jugendpolitik muss vorbeugend und ausgleichend wirken, um allen Jugendlichen faire Chancen zu ermöglichen, indem sie Angebote der Begleitung, Förderung und Unterstützung bereit hält.

EIGENSTÄNDIGE JUGENDPOLITIK RÜCKT DIE INTERESSEN UND BEDÜRFNISSE VON JUGENDLICHEN IN DEN MITTELPUNKT.

Die vielfältigen Herausforderungen für Jugendliche sind zentrale Themenfelder einer Eigenständigen Jugendpolitik. Im Kern geht es um die Frage, wie eine Balance zwischen den Anforderungen der Gesellschaft an Jugendliche und deren subjektiven Bedürfnissen erreicht werden kann. Mit einer Eigenständigen Jugendpolitik sollen die Potenziale und Chancen, die eine Gesellschaft mit einer starken Jugend erhält, sichtbar gemacht und kontinuierlich im Bewusstsein der Gesellschaft gehalten werden. Beispielsweise müssen die Interessen Jugendlicher aktiv im Dialog der Generationen vertreten werden und Jugendliche müssen dabei unterstützt werden, sich im Miteinander der Generationen einzubringen.

Darüber hinaus steht die Eigenständige Jugendpolitik für ein positives Image von Jugend. Das Ansehen von Jugendlichen in Deutschland muss aufgewertet werden. Zu oft wird das Bild einer orientierungslosen und versagenden Jugend vermittelt, das die Realität nur sehr verzerrt widerspiegelt. Eigenständige Jugendpolitik wendet sich gegen diese einseitige Betonung von Unzulänglichkeiten. Ziel ist es, den Leistungen Jugendlicher ernsthaft höhere Anerkennung zu verschaffen und ihnen die Unterstützung und Freiräume zu bieten, die sie für ihre Entwicklung zu eigenständigen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten brauchen.

EIGENSTÄNDIGE JUGENDPOLITIK FÖRDERT NACHHALTIGE JUGENDBETEILIGUNG.

Mit einer Eigenständigen Jugendpolitik wird die Jugend ernstzunehmender Partner für eine gesellschaftliche Zukunftspolitik. Jugendliche haben das Recht, für ihre Interessen einzutreten und sie sind Expertinnen und Experten in eigener Sache. Sie haben wesentliche Inhalte zu gesellschaftspolitischen Themen und Entwicklungen beizusteuern; ihre Perspektiven können keinesfalls durch Ansichten Erwachsener ersetzt werden. Junge Menschen wollen mitentscheiden, wenn ihre Umgebung gestaltet und ihre Zukunft beeinflusst wird. Kernanforderung an alle Akteure, die sich mit jugendrelevanten Themen beschäftigen, muss somit der wirkungsvolle Einbezug der Sichtweisen, Interessen und Anliegen von Jugendlichen sein. Dafür braucht es geeignete Verfahren und jugendgerechte Strukturen wie Selbstorganisationen und Zusammenschlüsse junger Menschen.

Mit einer nachhaltigen Jugendbeteiligung kann eine Eigenständige Jugendpolitik selbst zu einem belebenden Element unserer Demokratie werden.

EIGENSTÄNDIGE JUGENDPOLITIK WIRBT FÜR FREIRÄUME.

Jugendliche sollen heute in kürzerer Zeit mehr lernen und neue Herausforderungen bei fragilen Rahmenbedingungen bewältigen. Ein gutes und selbstbestimmtes Zeitmanagement im Alltag (Schule/Ausbildung/Studium, Engagement, Familie, Freizeit) ist schwieriger geworden, frei verfügbare Zeitkontingente sind knapp.

Jugendliche brauchen aber genügend Zeit für ihre Persönlichkeitsentwicklung – eine ihrer zentralen Entwicklungsaufgaben besteht darin, sich mit ihrer körperlichen und psychosozialen Entwicklung auseinanderzusetzen sowie in der Gemeinschaft mit Gleichaltrigen ihren Platz zu finden. Jugendliche benötigen akzeptierte Auszeiten und mehr Raum, um sich entfalten und um sich ihre Umgebung aneignen und sie mitgestalten zu können.

EIGENSTÄNDIGE JUGENDPOLITIK IST EINE GEMEINSAME AUFGABE.

Bei allen Gestaltungsprozessen unserer Gesellschaft sind die Belange junger Menschen zu berücksichtigen und mitzudenken.

Eigenständige Jugendpolitik ist sowohl Ressort- als auch Querschnittspolitik. Es bedarf dabei einer weitreichenden und gemeinsamen Strategie der relevanten Politikfelder, insbesondere der Bereiche Jugend, Bildung, Soziales, Arbeitsmarkt, Familie, Inneres, Gesundheit, Wirtschaft, Verbraucherschutz sowie Verkehr/Bau/Stadtentwicklung. Dazu könnte ein „Jugendcheck“ gehören, der alle Vorhaben auf ihre Auswirkungen auf junge Menschen überprüft und der in allen Planungs- und Gestaltungsabläufen verankert wird. Eigenständige Jugendpolitik kooperiert stetig mit anderen Ressorts im Sinne besserer Lebens-, Bildungs- und Entwicklungsbedingungen von Jugendlichen.

Für eine wirksame Eigenständige Jugendpolitik müssen lokale, regionale, nationale und europäische Akteure verbindlich zusammenwirken. Über diese vertikale Kooperation hinaus müssen unter Berücksichtigung der jugendpolitischen Subsidiarität jeweils spezifische Verantwortungen wahrgenommen werden.

Die jugendpolitische Verantwortung aller Bereiche der Gesellschaft soll in einer Allianz für Jugend sichtbar werden. In einem breiten Bündnis sollen alle relevanten Gruppen und Akteure (Jugendliche, Schule, Jugendhilfe, Politik, Zivilgesellschaft, Religionsgemeinschaften, Wirtschaft, Medien, Wissenschaft) als Unterstützer einer Eigenständigen Jugendpolitik mitwirken und gemeinsam Strukturen im Interesse junger Menschen umgestalten.

EIGENSTÄNDIGE JUGENDPOLITIK TREIBT JUGENDPOLITISCHE REFORMEN VORAN.

Zur Entwicklung einer Eigenständigen Jugendpolitik gehört es, bestehende jugendpolitische Rahmenbedingungen weiter zu entwickeln.

Gesetzliche Vorgaben und Rechtsansprüche müssen daraufhin überprüft werden, ob sie für die Jugendlichen von heute und auch für die zukünftige Jugend passgenau und wirksam sind: Dazu gehören die Lösung von Schnittstellenproblemen, die Klärung von Finanzierungsbedarfen und -verantwortlichkeiten

ebenso wie die (Neu-)Positionierung förderpolitischer Instrumente und Programme. Besonders wichtig ist in diesem Zusammenhang die Stärkung und Profilierung der auf Jugend bezogenen Planung auf verschiedenen Ebenen, die Weiterentwicklung der Jugendberichterstattung für wissenschaftsbasierte Entscheidungsprozesse sowie die Stärkung der Jugendhilfeausschüsse als ein wichtiges zivilgesellschaftliches Beteiligungsinstrument.

EIGENSTÄNDIGE JUGENDPOLITIK HAT EINE EUROPÄISCHE DIMENSION.

Eine rein nationalstaatliche Ausrichtung Eigenständiger Jugendpolitik kann keine zukunftsfähigen Lösungen bieten. Die Lebensbedingungen von Jugendlichen sind stark von europäischen und globalen Entwicklungen abhängig und werden von politischen Entscheidungen beeinflusst, die auf EU-Ebene oder auch in anderen Ländern getroffen werden.

Die europäische Zusammenarbeit im Jugendbereich und europäische Fachdebatten können die nationale Politik und Praxis bereichern. Zur europäischen Dimension Eigenständiger Jugendpolitik gehört es auch, europäische Politikstrategien (insbesondere die EU-Jugendstrategie) stärker in den jugendpolitischen Diskurs, in Programme und Maßnahmen in Deutschland zu integrieren. Europäische Schwerpunkte und Zielsetzungen müssen dem Anspruch der Eigenständigen Jugendpolitik gemäß ergänzt, gewichtet, erweitert und konkretisiert werden.

Die jugendpolitischen Beiträge der Bundesregierung auf europäischer Ebene müssen den Grundsätzen der Eigenständigen Jugendpolitik entsprechen. So kann die Eigenständige Jugendpolitik einen Beitrag für die Entwicklung eines europäischen jugendpolitischen Raums leisten, in dem die Bedingungen für das gelingende Aufwachsen junger Menschen gemeinsam verantwortlich gestaltet werden.

BETEILIGUNG, BILDUNG UND ÜBERGÄNGE

DISKUSSIONSSTAND UND HERAUSFORDERUNGEN

Die exemplarische Anwendung Eigenständiger Jugendpolitik in den Bereichen Beteiligung, Bildung und Übergangsgestaltung erfolgte in vielfältigen Arbeitsformaten und mit zahlreichen Akteuren in einem vielschichtigen Diskurs. In den folgenden Kapiteln wird anhand konkreter Herausforderungen aufgezeigt, inwiefern die Beteiligten Einvernehmen herstellen konnten oder noch offene und kontrovers diskutierte Fragen bearbeitet werden müssen. Die bestehende Meinungsvielfalt sowie die unterschiedlichen Ausgangspunkte fordern alle Beteiligten heraus. Die engagierten Diskussionen verdeutlichen jedoch die Notwendigkeit einer Eigenständigen Jugendpolitik. Die folgende Auflistung weist, nach den Anwendungsfeldern Beteiligung, Bildung und Übergangsgestaltung geordnet, die einzelnen Beiträge zum Dialogprozess zur Entwicklung einer Eigenständigen Jugendpolitik aus. Diese und eine Vielzahl weiterer Dokumente zu den Anwendungsfeldern und zur Eigenständigen Jugendpolitik sind im Internet unter www.allianz-fuer-jugend.de eingestellt.

BETEILIGUNGSSCHANCEN UND -ANLÄSSE IM POLITISCHEN UND ÖFFENTLICHEN RAUM

- // Fachforum „Teilhabe junger Menschen vor Ort“, 22. Februar 2012 in Mainz
- // „Ich mache>Politik“-Beteiligungsrunde „Jugendbeteiligung selbstverständlich?! Partizipation junger Menschen vor Ort“ (05 bis 10/12) und Feedback der Steuerungsgruppe des Zentrums Eigenständige Jugendpolitik
- // Fachforum „Lokale ‚Allianzen für Jugend‘ – Mitdenken, Mitlenken! Zur Weiterentwicklung von Jugendhilfeplanung, Jugendhilfeausschüssen und Jugendberichterstattung für eine Eigenständige Jugendpolitik“, 5. Dezember 2012 in Potsdam
- // „Ich mache>Politik“-Beteiligungsrunde „Ernsthaft freundlich?! Jugendpolitik und Partizipation konkret“ (06 bis 10/13) und Feedback der Steuerungsgruppe des Zentrums Eigenständige Jugendpolitik
- // Fachforum „Beteiligung Macht Demokratie: Partizipation junger Menschen im politischen und öffentlichen Raum“, 5. Dezember 2013 in Hamburg
- // „Ich mache>Politik“-Beteiligungsrunde „Wirkung>LOS! Vom Prozess zur Politik“ (02 bis 06/14)
- // Zwischenbilanztagung „Auf dem Weg zu einer Allianz für Jugend“, 24./25. April 2013 in Berlin
- // Empfehlungen „Zur Förderung demokratischer Partizipation junger Menschen“ (Expertengruppe des Zentrums Eigenständige Jugendpolitik unter der Leitung von Wolfgang Gaiser und Claudia Zinser)
- // Expertise „Partizipation von Kindern und Jugendlichen in Ganztagschulen“ (Ivo Züchner, Thomas Coelen und Anna Lena Wagener)
- // Expertise „Lebenslagen Jugendlicher als Ausgangspunkt kommunaler Politikgestaltung. Eine Expertise zur beteiligungsorientierten Erhebung von jugendpolitischen Bedarfen“ (Liane Pluto, Eric van Santen und Mike Seckinger)

SCHULE UND AUSSERSCHULISCHE LERN- UND BILDUNGSORTE

- // Fachforum „Anerkennung außerschulischer Bildung“, 13. Dezember 2011 in Berlin
- // „Ich mache>Politik“-Beteiligungsrunde „Ausreichend wertgeschätzt? Anerkennung außerschulischer Bildung“, (12/11 bis 05/12) und Feedback der Steuerungsgruppe des Zentrums Eigenständige Jugendpolitik
- // Fachforum „Jugendwelten zwischen 8 und 16 Uhr. Schule als Lern- und Lebensort“, 25. September 2012 in Köln
- // „Ich mache>Politik“-Beteiligungsrunde „Schulleben – Mehr als Lernen“ (12/12 bis 04/13) und Feedback der Steuerungsgruppe des Zentrums Eigenständige Jugendpolitik
- // Fachforum „Von der Jugend aus gedacht: Für ein neues Zusammenspiel von Schule und außerschulischen Lern- und Bildungsorten!“, 8. Oktober 2013 in Nürnberg
- // „Ich mache>Politik“-Beteiligungsrunde „WohlfühlFactorY – Bildung und Lebenswege morgen“ (09/13 bis 02/14) und Feedback der Steuerungsgruppe des Zentrums Eigenständige Jugendpolitik
- // Zwischenbilanztagung „Auf dem Weg zu einer Allianz für Jugend“, 24./25. April 2013 in Berlin
- // Empfehlungen „Das Wohlbefinden Jugendlicher in Schule und außerschulischen Lern- und Bildungsorten“ (Expertengruppe des Zentrums Eigenständige Jugendpolitik unter Leitung von Sabine Andresen und Oliver Böhm-Kasper)
- // Expertise „Non-formale und informelle Lernprozesse in der Kinder- und Jugendarbeit und ihre Nachweise“ (Stephanie Baumbast, Frederike Hofmann-van de Poll und Christian Lüders)
- // Expertise „Ganztagsangebote für Jugendliche. Eine Expertise zum Stellenwert von Ganztagsangeboten für Schüler/innen ab der 9. Klasse“ (Bettina Arnoldt, Peter Furthmüller und Christine Steiner)

ÜBERGANGSGESTALTUNG VON DER SCHULE IN DIE ARBEITSWELT

- // Fachforum „Weichenstellungen für die Zukunft! Übergänge im Jugendalter gestalten“, 3. Mai 2012 in Leipzig
- // „Ich mache>Politik“-Beteiligungsrunde „Orientierung;LOS! Übergänge zwischen Schule und Beruf“ (09 bis 12/12) und Feedback der Steuerungsgruppe des Zentrums Eigenständige Jugendpolitik
- // Fachforum „Erst mal den Abschluss machen – Und dann? Junge Menschen in Ausbildung und beim Berufseinstieg“, 5. März 2013 in Frankfurt am Main
- // „Ich mache>Politik“-Beteiligungsrunde „WohlfühlFactorY – Bildung und Lebenswege morgen“ (09/13 bis 02/14) und Feedback der Steuerungsgruppe des Zentrums Eigenständige Jugendpolitik
- // Zwischenbilanztagung „Auf dem Weg zu einer Allianz für Jugend“, 24./25. April 2013 in Berlin
- // Fachforum „Unterstützen. Befähigen. Beteiligen. Begleiten. Junge Menschen in Übergängen“, 18. Februar 2014 in Halle (Saale)
- // Empfehlungen „Gelingende Übergänge im Jugendalter: Unterstützen – Befähigen – Beteiligen – Begleiten“ (Expertengruppe des Zentrums Eigenständige Jugendpolitik unter Leitung von Birgit Reißig und Elke Schreiber)
- // Expertise „Analyse des 4. Bildungsberichts (2012) aus der Perspektive des jugendpolitischen Anwendungsfeldes ‚Übergangsgestaltung von der Schule in die Arbeitswelt‘“ (Markus Wieck und Martin Baethge)
- // Expertise „Die Rolle von Peers, Neuen Medien und Online-Communitys bei der Berufsorientierung“ (Sarah Beierle)



BETEILIGUNGSCHANCEN UND -ANLÄSSE IM POLITISCHEN UND ÖFFENTLICHEN RAUM



Eigenständige Jugendpolitik ist Politik im Interesse von Jugendlichen. Es ist deshalb selbstverständlich, dass sie sich für die stärkere Mitsprache, Mitbestimmung und Selbstbestimmung junger Menschen in allen sie betreffenden Belangen einsetzt. Jugendliche haben Wesentliches zu gesellschaftspolitischen Themen und Entwicklungen beizusteuern, ihre Perspektiven können nicht durch Ansichten anderer ersetzt werden. Junge Menschen wollen sich beteiligen und mitentscheiden, wie ihre Umgebung gestaltet wird und was ihre Zukunft beeinflusst. Sie zeigen dies täglich in Vereinen, Initiativen, Schulen und Jugendverbänden. Kernanforderung an alle politischen Akteure, die sich mit jugendrelevanten Themen beschäftigen, muss sein, Jugendliche ernst zu nehmen und ihre Sichtweisen, Interessen und Anliegen einzubeziehen. In diesem Sinne ist das Thema „Beteiligungschancen und -anlässe im politischen und öffentlichen Raum“ als zentrales Anwendungsfeld einer Eigenständigen Jugendpolitik aufgegriffen worden.

Im Dialogprozess zur Entwicklung einer Eigenständigen Jugendpolitik wurden Grundsätze sowie konkrete Handlungsoptionen und Vorschläge zur Förderung der Jugendpartizipation benannt. Die Ergebnisse lassen sich bündeln in den Themenblöcken „Prinzipielle Anforderungen an Jugendbeteiligung“, „Jugendpartizipation durch digitale Medien“, „Jugendbeteiligung an kommunaler Demokratie und Öffentlichkeit“ sowie „Förderung von Jugendbeteiligung durch Bund, Länder und Europäische Union“.

PRINZIPIELLE ANFORDERUNGEN AN JUGENDBETEILIGUNG

Die wirksame Beteiligung junger Menschen und ihrer Interessensvertretungen in allen sie betreffenden Belangen muss als wesentliches, strukturell verankertes Element einer lebendigen Demokratie anerkannt und gestärkt werden. Wenn es um Jugendbeteiligung geht, müssen mehrere Gestaltungsebenen thematisiert werden: Jugendliche haben weniger Rechte, d.h. Einschränkungen (etwa beim Wahlrecht) müssen reduziert werden. Jugendliche müssen auf passende Weise zur Beteiligung gewonnen und motiviert werden – sie brauchen dazu vor allem Ressourcen und verbindliche Möglichkeiten zur tatsächlichen Mitwirkung. Jugendliche haben andere Ausdrucksarten als Erwachsene, d.h. sie brauchen jugendgemäße Angebote und Instrumente.

BETEILIGUNG MIT ENTSCHEIDUNGSMACHT: DIREKTE MITWIRKUNG ERMÖGLICHEN

Je nach Umfang der Gestaltungsmacht, die jungen Menschen übertragen wird, lassen sich verschiedene Formen von Partizipation unterscheiden. Um die Bedeutung der unterschiedlichen Verteilung von Entscheidungsmacht zu verdeutlichen, wählte die Expertengruppe „Beteiligungschancen und -anlässe im politischen und öffentlichen Raum“ aus einer Vielzahl bestehender Stufenmodelle eines, in dem die große Spanne von Konsultation bis Mitwirkung skizziert wird:

Mitsprache: Bei der konsultativen Beteiligung werden Jugendliche als Expertinnen und Experten in eigener Sache hinzugezogen, um zur Verbesserung von Gesetzen, politischen Vorhaben oder Vereinbarungen beizutragen. Sie haben jedoch keine Kontrolle über die Ergebnisse.

Mitbestimmung: Das Ziel der demokratischen Beteiligung ist, dass Jugendliche demokratische Prozesse erfahren und dass sie Gelegenheit erhalten, demokratische Prinzipien anzuwenden. Sie wirken an der Entwicklung von Konzepten und politischen Vorhaben, die ihre Belange betreffen, mit. Jugendliche können Einfluss auf Zielrichtung und Ausgestaltung nehmen und die Ergebnisse in Frage stellen, auch wenn sie zur unmittelbaren Mitentscheidung nicht befugt sind.

Mitwirkung: Bei der direkten Mitwirkung werden Jugendliche unmittelbar an politischen Entscheidungsprozessen beteiligt. Sie haben Gelegenheit, ihre eigenen Ziele zu identifizieren und Initiativen umzusetzen. Die Rolle der Erwachsenen ist unterstützend und Prozess und Ergebnisse werden von Jugendlichen kontrolliert.

Die Partizipation junger Menschen an politischen Vorhaben und Vereinbarungen sollte gefördert und nachhaltig gefestigt werden. Dabei ist ein Fortschreiten in Richtung direkte Mitwirkung wünschenswert.

KLARES BEWUSSTSEIN, GEMEINSAME AUFGABE: INSTITUTIONEN, EBENEN UND POLITIKFELDER FÜR JUGENDPARTIZIPATION GEWINNEN

Eine gelingende Jugendpartizipation erfordert grundsätzlich die Unterstützung der Akteure, die Entscheidungen in unserer Gesellschaft treffen – in der konkreten sozialräumlichen Lebenswelt ebenso wie in zivilgesellschaftlichen Organisationen und Verbänden, an den Orten von Bildung und Sozialisation, in der Kommunalpolitik, auf Landes-, Bundes- und auch auf EU-Ebene.

Jugendbeteiligung ist eine Querschnittsaufgabe, weil in jedem Politikfeld immer auch Jugend betroffen ist. Deshalb sollte Bürgerbeteiligung grundsätzlich immer auch Jugendbeteiligung sein – egal ob z. B. bei Stadt-, Schulweg-, Haushalts-, Bildungs- oder Strukturplanung. Erforderlich sind der Wille und die Pflicht, die Interessen Jugendlicher ernsthaft einzubeziehen, aber auch das Wissen und das Verständnis für die Bedingungen guter Jugendbeteiligung sowie die dafür notwendigen Ressourcen. Eine wesentliche Aufgabe Eigenständiger Jugendpolitik ist es deshalb, das Bewusstsein in Politik und Gesellschaft für die Bedeutung und die Voraussetzungen ernsthafter Jugendbeteiligung zu stärken.

QUALITÄTSSTANDARDS FÜR BETEILIGUNG: AUF VORHANDENE GRUNDSÄTZE AUFBAUEN

Eine Eigenständige Jugendpolitik steht für wirksame Beteiligungsformen. Für eine gelingende Partizipation Jugendlicher kann auf die Qualitätsstandards für Beteiligung, die im Nationalen Aktionsplan „Für ein kindergerechtes Deutschland 2005–2012“ (NAP) festgeschrieben sind, verwiesen werden. Die Entwicklung einer Eigenständigen Jugendpolitik fußt auf den Grundsätzen des NAP.

ANLÄSSE MACHEN NOCH KEINE BETEILIGUNG: JUGENDLICHE BEFÄHIGEN, RÄUME ZUR VERFÜGUNG STELLEN

Viele Jugendliche sind grundsätzlich bereit, sich politisch oder sozial zu engagieren. Sie müssen jedoch auch die Möglichkeit dazu erhalten und unterstützt werden. Deshalb reicht es nicht aus, lediglich Anlässe für Partizipation zu schaffen und anzubieten. Beteiligung muss möglichst früh erfahrbar sein, so dass daraus Interesse und Mut für Engagement in eigener Sache wachsen kann. Hierzu sind jugendgerechte Formen der Kommunikation, eine partnerschaftliche Moderation der Interessen und kreative Strategien notwendig.

Damit engagierte Jugendliche ihre Interessen identifizieren und formulieren können, brauchen sie darüber hinaus Zeiten und Räume, in denen sie in eigenständige und selbstgesteuerte Verhandlungsprozesse einsteigen können. So haben sich Jugendliche über das Projekt „Ichmache>Politik“ in weitgehend selbstgewählten Zeiträumen und Settings am Entwicklungsprozess einer Eigenständigen Jugendpolitik beteiligt.

MIT VIELFALT VIELE ERREICHEN: ZIELGRUPPENGENAUE PARTIZIPATION ERMÖGLICHEN

Beteiligung junger Menschen hängt stark von den Lebenslagen und damit von Aspekten wie kulturellen Ressourcen, Geschlecht, Migrationshintergrund oder Region ab. So sinkt z. B. die Wahrscheinlichkeit einer Mitgliedschaft in Vereinen, wenn Jugendliche über einen niedrigeren Bildungsgrad oder einen Migrationshintergrund verfügen. Mit einer Mitgliedschaft oder ehrenamtlichem Engagement gehen aber positive Erlebnisse der Selbstwirksamkeit einher. Verpasste Beteiligungserfahrungen bedeuten deshalb neben geringerem Gestaltungseinfluss auch weniger Lernmöglichkeiten und Kompetenzgewinne. Eine weitere zentrale Herausforderung einer Eigenständigen Jugendpolitik besteht deshalb darin, diese „nicht Engagierten“ zu motivieren und ihnen wirksame Formen für die Artikulation ihrer Interessen zu erschließen. Das kann im Zusammenspiel formaler und non-formaler Bildung und auch mittels digitaler Medien geschehen.

Damit alle Jugendlichen gleichermaßen mitwirken können, muss Partizipation offen für unterschiedliche Kompetenzen, Interessen und Bedarfe sein. Beispielsweise bieten Jugendhearings eine von vielen Beteiligungsmöglichkeiten vor Ort. Sie sind aber nur dann für junge Menschen interessant, wenn sie auch aufsuchend sind, indem sie z. B. regelmäßig in einem Jugendtreff stattfinden. Auch Jugendhilfeausschüsse

» Fachforum „Beteiligung Macht Demokratie: Partizipation junger Menschen im politischen und öffentlichen Raum“, 5. Dezember 2013 in Hamburg



können eine stärkere Rolle spielen – qualifizierte und gewählte Jugendvertretungen sollten hier stimmberechtigt aufgenommen werden, um für die Interessen von Jugendlichen einzutreten. Notwendig ist außerdem die Umsetzung der gesetzlich verankerten partizipatorischen Jugendhilfeplanung und Jugendberichterstattung sowie die Förderung der bereits bestehenden und funktionierenden Strukturen der Selbstorganisation junger Menschen, wie der Jugendverbände. Weitere Instrumente können

mit entsprechenden Ressourcen und Befugnissen ausgestattete Jugendparlamente und Jugendräte sein. Allerdings ist darauf hinzuweisen, dass auch all diese Instrumente zusammengenommen noch keine umfassende Beteiligung ermöglichen – ein großer Teil der Jugendlichen ist nicht in diesen traditionellen Beteiligungsformaten und Diskussionsforen involviert.

Passgenaue Angebote für verschiedene Jugendgruppen können dann ausfindig gemacht bzw. entwickelt werden, wenn auch die Expertise der vor Ort

an Partizipationsprojekten beteiligten Fachkräfte hinzugezogen wird. Der Austausch von entsprechenden Erfahrungen muss gefördert werden, neue Modelle der Mitwirkung junger Menschen vor Ort müssen ausprobiert und bekannt gemacht werden. Nicht zuletzt müssen erprobte und wirksame Formen der Mitentscheidung junger Menschen vor Ort verbindlich und kontinuierlich umgesetzt und unterstützt werden.

JUGENDBETEILIGUNG BRAUCHT GUTE KONZEPTE: PRÜFKRITERIEN FÜR PARTIZIPATION IN INSTITUTIONELLEN LERN- UND LEBENSORTEN ETABLIEREN

Damit Institutionen, z. B. der Jugendarbeit oder der formalen Bildung, zu Orten lebendiger Demokratie werden können, ist es wesentlich, dass sie selbst durch ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie durch ihre Adressatinnen und Adressaten aktiv mitgestaltet werden können. Sie sollen gleichzeitig als Ausgangspunkt jugendlicher Artikulation und Partizipation an demokratischer Öffentlichkeit und kommunaler Entscheidungsfindung fungieren. In diesem Sinne tragen Einrichtungen der non-formalen Bildung eine besondere Verantwortung für die Beteiligung in ihren Strukturen und haben Bedeutung für den Übergang zur Partizipation Jugendlicher vor Ort. Für ein gutes Beteiligungskonzept in institutionellen Lern- und Lebensorten hat die Expertengruppe „Beteiligungschancen und -anlässe im politischen und öffentlichen Raum“ unter dem Dach des Zentrums Eigenständige Jugendpolitik folgende Prüfkriterien erarbeitet:

- // Werden Beteiligungsrechte von Jugendlichen für die Institution konkretisiert, zum Beispiel bezogen auf Themen und Entscheidungen? Welche Reichweite haben diese Rechte?
- // Welche Beteiligungswege, die allen Beteiligten zur Verfügung stehen, gibt es (z. B. Foren der Aushandlung und Gremien der Entscheidung wie etwa Jugendvollversammlungen oder Beschwerdestellen bzw. Ombudspersonen)?

// Beinhaltet das zugrunde gelegte Verständnis von Partizipation alle Aspekte von Information und Mitsprache, über Mitentscheidung und Mitgestaltung bis hin zur Mitverantwortung?

// Welche Verfahren der Revidierbarkeit von Entscheidungen stehen zur Verfügung? Sind Orte der systematischen Reflexion und Evaluation von Entscheidungen vorgesehen?

// Wie sieht die innerinstitutionelle Öffentlichkeit aus? Mit Hilfe welcher Methoden und Medien können sich Jugendliche artikulieren und wie werden gemeinschaftliche öffentliche Diskurse geführt, die dann in Entscheidungsprozesse und -gremien übergehen?

// Gibt es Übergänge in kommunale Demokratie, wenn das Anliegen über die Institution hinaus reicht? Wird gewährleistet und gefördert, dass das Anliegen in die lokale Öffentlichkeit und in die verfassten Strukturen der Kommunalpolitik und -verwaltung einfließt?

Wirksame Jugendbeteiligung braucht breit angelegte, über einzelne Institutionen und Organisationen hinausreichende Prozesse. Bei der Kooperation von Schule und außerschulischen Trägern ist zu berücksichtigen, dass beide Bereiche unterschiedliche Funktionslogiken haben und auch als unterschiedliche Bereiche weiter bestehen müssen. Lern- und Bildungsorte der formalen und der non-formalen Bildung sollten darin unterstützt werden, ihre konzeptionelle Ausrichtung wie auch ihre organisatorischen Rahmenbedingungen so weiterzuentwickeln, dass Jugendliche sie als Orte einer wirksamen gesellschaftlichen Beteiligung erfahren können.

PARTIZIPATION DURCH DIGITALE MEDIEN

Beteiligungsangebote sollten von möglichst vielen interessierten jungen Menschen genutzt werden. Digitale Medien und soziale Netzwerke bieten dafür zusätzliche Möglichkeiten. E-Partizipationsformen sind gekennzeichnet durch Zeit- und Ortsunabhängigkeit, ständige Verfügbarkeit, Transparenz, Möglichkeiten der Visualisierung sowie frei wählbare Ausdrucksmöglichkeiten. Sie müssen jedoch – wie andere Beteiligungsmethoden auch – begleitet werden, wirksam sein und die definierten Standards für Beteiligung erfüllen (siehe S. 23). E-Partizipation entbindet nicht von der hohen Verantwortung und der klaren Wirkungsdimension, die mit Jugendbeteiligung verknüpft sein sollte. Darüber hinaus ist nicht jedes Werkzeug für jeden Prozess gleichermaßen geeignet. Es muss daher immer genau geprüft werden, welches Ziel erreicht werden soll, um passgenaue Beteiligungsmethoden anzuwenden.

Digitale Medien erweitern das Angebot an Beteiligungsinstrumenten. Damit sind Chancen verbunden, aber auch Risiken: Die e-Partizipation darf nicht zum Verharren in rein konsultativen Verfahren führen. Digitale Medien und insbesondere auch soziale Netzwerke gehören zwar für die meisten Jugendlichen zum Alltag dazu. Dennoch werden auch hier Jugendliche ausgegrenzt, beispielsweise wenn sie nicht über die nötigen sprachlichen Fähigkeiten, Medienkompetenzen und finanziellen Ressourcen verfügen oder wenn sie einen mangelhaften Zugang zum Internet haben. Deshalb darf sich Partizipation nicht auf die „Onliner“ beschränken.

Mit dem „Strukturierten Dialog“ und „Ich-mache>Politik“ entwickelt der Deutsche Bundesjugendring das ePartool zur dezentralen Jugendbeteiligung an bundes- und europaweiten Prozessen. Auf der Bundesebene erprobt, steht dieses online-Beteiligungsinstrument künftig auch für landesweite und kommunale Prozesse zur Verfügung. Es basiert auf einer Kombination von Off- und Online-Momenten und macht Abläufe und Wirkung nachvollziehbar.

NICHT ALLE NUTZEN ALLES: VIELFÄLTIGE MEDIALE AUSDRUCKSFORMEN ERÖFFNEN

E-Partizipation kann an den Kompetenzen ansetzen, die junge Menschen durch ihren Umgang mit Medien erwerben. Mit e-Partizipation eröffnen sich vielfältige Artikulationsformen – nicht nur textbasierte Beteiligungsformate, sondern auch Möglichkeiten, sich z. B. über audiovisuelle Beiträge einzubringen. So wurde vorgeschlagen, dass unter dem Motto „Was gefällt euch an eurer Stadt nicht?“ Handyfotos, Videos und Tondateien bei der Politik/Verwaltung eingesandt bzw. hochgeladen werden können. Das könnten z. B. Aufnahmen von schmutzigen Schultoiletten, von heruntergekommenen Plätzen oder Wartehäuschen sein. Auf diese Beiträge müssten weitere Schritte folgen, etwa ein Feedback der Verwaltung oder auch ein stadtplanerischer Prozess mit Konsultationsverfahren.

Die Wahl jugendgerechter Ausdrucksformen reiht sich ein in die grundsätzliche Debatte darüber, wie in Beteiligungsprozessen eine jugendgerechte Ansprache mit einer jugendgerechten Aufbereitung komplexer Sachverhalte gelingt.

ON- UND OFFLINE: BETEILIGUNGSMETHODEN UND -STRUKTUREN VERKNÜPFEN

Eine persönliche, individuelle Ansprache, der direkte Kontakt und Austausch sowie das Miteinander und das gemeinsame Erleben können nicht durch digitale Beteiligungsformen ersetzt werden. Die Herausforderung besteht darin, verschiedene Beteiligungsinstrumente sinnvoll und zielführend miteinander zu verknüpfen.

Die neuen Beteiligungsmöglichkeiten, die sich durch digitale Werkzeuge ergeben, sind keine Selbstläufer und funktionieren nicht ohne eine Anbindung an „Offline“-Strukturen der Jugendarbeit und/oder der Verwaltung. Eine Kombination von On- und Offline-Werkzeugen kann sehr gewinnbringend sein, solange jeweils leichte Zugänge sowie notwendige Hilfestellungen gewährleistet sind und die prinzipiellen Anforderungen an Partizipation beachtet werden (siehe S. 22 ff.).

Um digital organisierte Beteiligungsprozesse in Kommunen erfolgreich durchzuführen, braucht es ebenso wie bei sonstigen Partizipationsprozessen Menschen, die hohe Vermittlungsleistungen vollbringen. Sie müssen sowohl ein Verständnis für die Logik und Sprache der Verwaltung mitbringen, als auch einen glaubwürdigen und ernsthaften Zugang zu Jugendwelten und den Bedürfnissen Jugendlicher. Eine funktionierende Schnittstelle zu Politik und Verwaltung ist für die politische Tragfähigkeit von Partizipation essentiell.

LERNPROZESS FÜR POLITIK UND VERWALTUNG: DIGITALE MEDIEN FÜR DIALOG UND ANSPRACHE NUTZEN

Insbesondere Kommunen möchten sich mit digitalen Beteiligungsformaten gerne auf einfache Weise einen modernen Anstrich geben. Oftmals wird den Akteuren aber erst im Laufe des Prozesses klar, welcher Aufwand und welche Verantwortung mit einem solchen Prozess verbunden sind und dass bloße digitale Konsultationen nicht ausreichen.

Die Nutzung digitaler Medien erfordert einen Lernprozess für Politik und Verwaltung. Es geht z. B. auch darum, wie Politikerinnen und Politiker mit sozialen Medien umgehen (z. B. als „permanenter Wahlkampfstand“ zum Dialog oder ausschließlich zum Verkünden eigener Aktivitäten und Ansichten). Darüber hinaus gehen Politikerinnen und Politiker viel zu selten (über digitale Medien) auf junge Menschen zu, indem sie z. B. die (Seiten der) Jugendlichen selbst besuchen. Außerdem sollten sie ihre Informationen jugendgerecht aufbereiten, damit eine faire politische Auseinandersetzung stattfinden kann.

Das Problem jugendgerechter Ansprache gilt für die öffentliche Verwaltung gleichermaßen. Hierfür müssen vor allem Regeln geklärt werden, beispielsweise ob es Verwaltungen erlaubt ist, die eigene Arbeit in sozialen Medien (z. B. Facebook) zu kommunizieren.

JUGENDBETEILIGUNG AN KOMMUNALER DEMOKRATIE UND ÖFFENTLICHKEIT

Ob über digitale Medien oder ohne – Jugendbeteiligung kann insbesondere zu denjenigen Themen funktionieren, welche die Jugendlichen direkt in ihren Sozialräumen betreffen. Wenn eine Eigenständige Jugendpolitik vor Ort wirksam werden soll, gilt es darüber hinaus, „Jugendfreundlichkeit“ in der Kommune zu beschreiben, Zugänge zur kommunalen Öffentlichkeit zu erschließen und Lebenslagen Jugendlicher zum Ausgangspunkt für kommunalpolitisches Handeln zu machen.

LEBENDIGE JUGENDKULTUR UND LOKALE ALLIANZEN: KOMMUNEN JUGENDFREUNDLICHER MACHEN

Die folgenden Merkmale jugendfreundlicher Kommunen wurden im Verlauf des Dialogprozesses zur Entwicklung einer Eigenständigen Jugendpolitik immer wieder benannt und durch die Geschäftsstelle des Zentrums gebündelt:

- // Jugendliche leben gerne dort, sie identifizieren sich, bleiben oder kommen wieder.
- // Jugendliche haben einen festen Platz in der Kommune. Dafür brauchen sie eigene Räume, die auf ihre Bedürfnisse zugeschnitten sind.
- // Jugendliche sind in der Öffentlichkeit sicht- und hörbar, sie werden respektiert und wertgeschätzt. Es gibt eine lebendige Jugendkultur.
- // Alle Jugendlichen haben Zugang zu schulischen und außerschulischen Lern- und Bildungsorten.
- // Die Jugendarbeitslosigkeit ist niedrig.
- // Teilhabe und jugendgerechte Beteiligungsformate für alle Jugendlichen sind verankert und etabliert. Die Einbindung der jungen Menschen in die Planungen, Entwicklungen und Entscheidungen der Kommune ist verbindlich, Jugendliche haben Gestaltungsmacht und werden ernst genommen.



» Fachforum „Lokale ‚Allianzen für Jugend‘ – Mitdenken, Mitlenken! Zur Weiterentwicklung von Jugendhilfeplanung, Jugendhilfeausschüssen und Jugendberichterstattung für eine Eigenständige Jugendpolitik“, 5. Dezember 2012 in Potsdam

- // Jugendpolitik hat einen hohen politischen Stellenwert in der Kommune. Es gibt einen eigenen politischen Auftrag und einen Etatposten für Jugendpolitik. Ein kommunales Rahmenkonzept nicht nur zur Jugendbeteiligung, sondern auch zur kulturellen Jugendbildung und zur Vernetzung zwischen den formalen Einrichtungen mit den freien Trägern in offenen Einrichtungen wird angewendet.
- // Jugendhilfeplanung bezieht alle Lebensbereiche junger Menschen ein, nicht nur Jugendhilfe, sondern auch Schul-, Stadt-, Bau- und Verkehrsplanung. Auch die Jugendlichen und ihre Eltern werden in den Planungsphasen ernsthaft beteiligt.
- // Die Belange junger Menschen werden bei Angelegenheiten, die zur Diskussion stehen und sie betreffen, berücksichtigt. Sobald eine solche Entscheidung ansteht, wird überprüft, welche Auswirkungen das sowohl auf die aktuelle als auch auf künftige Jugendgenerationen hat. In diesem Sinne braucht Jugendpolitik eine gemeinsame Strategie aller politischen Ressorts.
- // Alle relevanten Akteure (z. B. Jugend, Schule, Vereine/Verbände, Wirtschaft, lokale Medien, Politik und Verwaltung) wirken zusammen im Sinne einer lokalen Allianz für Jugend.
- // Die Kommune hat ein ressortübergreifendes Leitbild „Jugendfreundlichkeit“, welches immer wieder auf den Prüfstand gestellt wird hinsichtlich sich ändernder Interessenslagen und Bedürfnisse der Jugendlichen. Diese werden so erhoben, dass möglichst alle Jugendlichen erreicht werden.
- // Der Grad der Jugendfreundlichkeit einer Kommune darf nicht vom Engagement einzelner Personen abhängen.

SICHTBAR UND HÖRBAR WERDEN: ZUGÄNGE ZUR KOMMUNALEN ÖFFENTLICHKEIT ERSCHLIESSEN

Um die Zugänge Jugendlicher zur kommunalen Öffentlichkeit zu verbessern, hat die Expertengruppe „Beteiligungschancen und -anlässe im politischen und öffentlichen Raum“ konkrete Vorschläge in den Dialogprozess zur Entwicklung einer Eigenständigen Jugendpolitik eingebracht. Dazu gehört die Einrichtung webbasierter lokaler Beteiligungsforen, die finanzielle Förderung lokaler Jugend-Onlineportale sowie die Förderung von Schüler- und Jugendzeitungen und lokalen sozialen Medien. Darüber hinaus könnten regelmäßige Jugendrubriken in den lokalen Medien und Gastkommentare von Jugendlichen und deren Interessenvertretungen in lokalen Parteipublikationen erscheinen. Jugendhearings der Parteien seien ebenso denkbar wie die Einladung von jugendlichen Gastkommentatorinnen und -kommentatoren zu kommunalen Entscheidungsvorlagen und Programmen, einschließlich Veröffentlichung der Debatten. Wichtig sei darüber hinaus die Herstellung von Transparenz der Diskussionen und Entscheidungen im politischen Raum durch Formen kollaborativen (digitalen) Arbeitens. Denkbar ist das sofortige Online-Protokollieren von Diskussionen im Gemeinderat, so dass nicht anwesende Jugendliche parallel dazu Bezug nehmen können, sowie die Präsentation lokaler Medienproduktionen (z. B. des Jugendzentrums) im Vorprogramm der Ratssitzung. Weitere Ideen für Zugänge von Jugendlichen zur kommunalen Öffentlichkeit sind Projektionsflächen auf Festen, die durch Jugendgruppen bespielt werden können und die Ausstellung von medialen Berichten oder Geschichten Jugendlicher über lokale Themen im Rathaus.

Den bereits vor Ort vorhandenen Zusammenschlüssen von Jugendlichen sollte ein verbesserter Zugang zur kommunalen Öffentlichkeit ermöglicht werden.

NACH FAKTENLAGE:**BETEILIGUNGSORIENTIERTE FORMEN DER ERHEBUNG VON LEBENSLAGEN ZUM AUSGANGSPUNKT KOMMUNALER JUGENDPOLITIK MACHEN**

Jugendpolitische Entscheidungen auf kommunaler Ebene sollten auf Erkenntnissen zu den konkreten Lebenslagen, Bedürfnissen und Wünschen der vor Ort lebenden Jugendlichen basieren. Im Auftrag des Zentrums Eigenständige Jugendpolitik haben Liane Pluto, Eric van Santen und Mike Seckinger die **Expertise „Lebenslagen Jugendlicher als Ausgangspunkt kommunaler Politikgestaltung“** verfasst. Die Expertise beschreibt beteiligungsorientierte Möglichkeiten der empirischen Erhebung von Lebenslagen Jugendlicher als Grundlage kommunaler jugendpolitischer Entscheidungen. Ein besonderer Fokus richtet sich hierbei auf die Jugendhilfeplanung, da diese gesetzlich verpflichtend und auf einer Analyse der Lebenslagen von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien aufzubauen ist.

Erst bei einer Beteiligung in allen Phasen der Politikgestaltung auf kommunaler Ebene kann von einem vollendeten Beteiligungsprozess gesprochen werden. Sowohl bei politischen Zielsetzungen, bei der Erhebung von Daten und deren Interpretation, als auch bei der Umsetzung von Maßnahmen gilt es, junge Menschen einzubeziehen. Die Methoden hierfür können vielfältig sein und sind in Abhängigkeit zum

Erkenntnisinteresse und ihrer Eignung für bestimmte Zielgruppen zu wählen. So hat z. B. die Methode der „Zukunftswerkstätten“ den Vorteil, dass sie die Phantasie über Wünschenswertes beflügelt, allerdings setzt sie eine recht hohe Kommunikationskompetenz voraus. Schriftliche, standardisierte Umfragen hingegen bieten die Möglichkeit zur Erhebung der Lebenslagen sehr vieler Jugendlicher, allerdings nur in einem vorab festgelegten Rahmen.

Die in der Expertise zusammengefassten empirischen Befunde zur Jugendhilfeplanung in Deutschland zeigen, dass es bis zur Realisierung eines solchen vollumfänglichen Partizipationsprozesses noch ein langer Weg ist. Aufgrund der positiven Effekte für Jugendliche (insbesondere Erwerb von Kompetenzen und Gemeinschaftssinn) und für eine passgenaue Jugendpolitik ist es notwendig, diesen Weg konsequent fortzusetzen. Hierzu zählt auch, das Wissen über Herausforderungen und Schwierigkeiten von Beteiligungsprozessen in den verschiedenen Phasen kommunaler Politikgestaltung weiter zu reflektieren und zu evaluieren, um Verbesserungen zu ermöglichen.

FÖRDERUNG VON JUGENDBETEILIGUNG DURCH BUND, LÄNDER UND EUROPÄISCHE UNION

Um gute Rahmenbedingungen für die gelingende Beteiligung junger Menschen zu gestalten, haben die Länder mit Blick auf Gesetzgebung und Folgenabschätzung, Ausstattung, Trägerkontrolle, Fachkräftequalifizierung und Förderpolitik zahlreiche Kompetenzen. Auch der Bund kann mit Gesetzgebung und Folgenabschätzung in seinem Kompetenzbereich ansetzen. Darüber hinaus kann er Modellprojekte und Programme auflegen sowie Forschung gezielt fördern. Die Europäische Union schafft mit ihrer Jugendstrategie, dem „Strukturierten Dialog“ und grenzüberschreitender Jugendarbeit vielfältige Möglichkeiten für die Weiterentwicklung von Jugendpolitik.

Darüber, wie Bund, Länder und EU zur Förderung von Jugendbeteiligung beitragen können, wurde in unterschiedlichen Arbeitsformaten des Dialogprozesses zur Entwicklung einer Eigenständigen Jugendpolitik diskutiert: Die Expertengruppe „Beteiligungschancen und -anlässe im politischen und öffentlichen Raum“ hat sich mit allen drei Ebenen befasst. In verschiedenen Diskussionsforen wurde immer wieder an die Verantwortung von Bund und Ländern für partizipationsfördernde Rahmenbedingungen erinnert. Nicht zuletzt beschäftigten sich Jugendliche beim Projekt „Ichmache>Politik“ mit greifbaren Vorschlägen, etwa dem sogenannten Jugendcheck. Im Folgenden werden die zentralen Diskussionsergebnisse und einzelne Forderungen gebündelt, deren Erfüllung als konkrete Auswirkung einer Eigenständigen Jugendpolitik anzusehen wäre.

JUGENDCHECK:**MASSNAHMEN, GESETZESVORHABEN, RICHTLINIEN UND INVESTITIONEN AUF JUGENDGERECHTIGKEIT PRÜFEN**

Unter dem Stichwort „Jugendcheck“ wurden in den Diskussionen zur Eigenständigen Jugendpolitik verschiedene Ansätze zur Realisierung von jugendgerechter Politik diskutiert. Vielfach wurde gefordert, alle Maßnahmen und Entscheidungen der Parlamente und Regierungen daraufhin zu überprüfen, inwiefern die Belange junger Menschen betroffen sind, welche Auswirkungen z. B. eine Gesetzgebung auf die Lebenslagen junger Menschen hat und ob bzw. wie die Interessenvertretungen der Jugendlichen im Rahmen der Gesetzgebungsverfahren bzw. bei der Planung und Durchführung öffentlicher Vorhaben beteiligt werden.

PFLICHTEN UND RECHTE:**BETEILIGUNGSVERPFLICHTUNGEN GESETZLICH VERANKERN, WAHLALTER ABSENKEN**

Jugendbeteiligung sollte verbindlich in die Kommunalverfassungen aufgenommen werden. Etliche Bundesländer haben zwar schon Beteiligungsverpflichtungen in Kommunalgesetzen verankert, jedoch sind diese oftmals zu unkonkret formuliert und werden nur eingeschränkt umgesetzt. Es ist auf altersgerechte Formate zu achten und darauf, dass wirksame Beteiligung in allen Politikfeldern, also nicht nur im Jugendressort, stattfindet.

An den Bund richten sich Forderungen nach einem Bundesbeteiligungsgesetz oder die partizipationsfördernde Novellierung von Gesetzen, die Jugendliche

betreffen, z. B. des SGB VIII. Dies könnte nicht nur die Ressourcen für Jugendpartizipation steigern, sondern auch die Ernsthaftigkeit, mit der sie betrieben wird. Partizipationsfördernde Gesetzesnovellierungen sollten in ihrer Wirkung jedoch nicht auf die Kinder- und Jugendhilfe begrenzt bleiben. Insofern sollten die nötigen gesetzlichen Verankerungen auch für alle anderen Politikfelder erfolgen. Zu diskutieren ist außerdem die häufig gewünschte Einrichtung einer Bundesschülerkonferenz.

Vielfach wird eine Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre für die Kommunal- und Landtagswahlen bis hin zu Bundestags- und Europawahlen gefordert. Es besteht Einigkeit darin, dass eine starke politische Bildung für die Teilnahme an Wahlen eine generell sinnvolle Basis darstellt.

FÜR VERGLEICHBARE STANDARDS: AUSSTATTUNG SICHERN, TRÄGER KONTROLLIEREN, FACHKRÄFTE QUALIFIZIEREN

Um vergleichbare Beteiligungsstandards zwischen verschiedenen Ländern und Kommunen zu schaffen, wird vor allem eine ausreichende personelle und materielle Ausstattung benötigt. Darüber hinaus ist aus Sicht der Expertengruppe „Beteiligungschancen und -anlässe im politischen und öffentlichen Raum“ zu überprüfen, ob die örtlichen öffentlichen Träger der Jugendhilfe die Maßgaben des SGB VIII (insbesondere §§ 12, 79, 80) und der zugehörigen Ausführungsgesetze sowie weitere landesweite Regelungen umsetzen.

Die Verknüpfung der Förderung von Jugendhilfeträgern an die Einhaltung von Qualitätsstandards für Jugendbeteiligung, die Qualifikation von Fachkräften der Jugendhilfe (insbesondere der Jugendarbeit) für die Beteiligung Jugendlicher an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen und die Einrichtung

eines landesweiten Beschwerdemanagements, das als Clearingstelle eingeschaltet werden kann, sind weitere von der Expertengruppe vorgeschlagene Maßnahmen.

MEHR FLEXIBILITÄT FÜR PROJEKTE: FÖRDERPROGRAMME ANPASSEN

In Landeshaushaltsordnungen u. ä. Regelwerken sind Sonderregelungen für Maßnahmen der Jugendhilfe sowie der politischen Bildungsarbeit mit jungen Menschen vorzusehen. Sobald Bundesländer beispielsweise Förderprogramme auflegen, bei denen selbstorganisierte Jugendgruppen Anträge stellen können, sollte das Antrags- und Abrechnungswesen entsprechend niedrigschwellig konzipiert werden. Bei der Antragsstellung müssen Freiräume für ungeplante Entwicklungen des Projektes durch Beteiligung (partizipativer Prozess) und für die Veränderung von Zielen vorgesehen sein. Solche Räume müssen sowohl im Konzept als auch im Finanzierungsplan möglich sein.

KEINE KÜR: INTERESSENSVERTRETUNGEN KONTINUIERLICH FÖRDERN

Die jugendpolitische Interessenvertretung durch Jugendverbände und deren Zusammenschlüsse (§ 12 SGB VIII) ist ebenso wie die unmittelbare Beteiligung junger Menschen eine Pflichtaufgabe der kommunalen Ebene, so dass auch Kommunen, die der Finanzaufsicht (bzw. ähnlichen Mechanismen) unterliegen, die finanziellen Ressourcen für diese Aufgaben zur Verfügung stellen müssen. Es braucht eine kontinuierliche Förderung der Interessensvertretungen der Jugend, die dazu beiträgt, Partizipationsprojekte modellhaft zu entwickeln, zu erproben und zu verstetigen.

AUSPROBIEREN, VERNETZEN, MEHR WISSEN: MODELLPROJEKTE UND -PROGRAMME STARTEN UND GEZIELTE FORSCHUNG FÖRDERN

Im Dschungel der Partizipationsmöglichkeiten wünschen sich viele Akteure eine zentrale Stelle, die für einen Überblick über existierende Partizipationsangebote bis hin zur lokalen Ebene sorgt. Auch können e-partizipative Beteiligungsformen, z. B. durch die Einrichtung einer bundesweiten Beteiligungsplattform, gefördert werden.

Auf Bundesebene sollten darüber hinaus Modellprojekte, z. B. zur Verstetigung und Verankerung von Partizipation sowie zur Gewinnung von Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern für mehr Jugendbeteiligung, initiiert werden.

Ferner sollten Maßnahmen evaluiert und Jugendforschung mit partizipatorischen Erhebungsmethoden gestärkt werden. Hilfreich wären insbesondere Längsschnittstudien zu den Lebenslagen Jugendlicher, um Entwicklungen und Veränderungen festzustellen und die Grundlagen für politische Entscheidungen zu verbreitern.

FÜR MEHR SOLIDARITÄT, BÜRGERSCHAFT UND MOBILITÄT: EUROPÄISCHE JUGENDARBEIT STÄRKEN

Aktuell wird über finanz- und fiskalpolitische Maßnahmen Einfluss auf die Lebenschancen und Beteiligungsmöglichkeiten junger Menschen in ganz Europa genommen – leider auch zu ihrem Nachteil. Damit läuft die Idee des europäischen Zusammenhalts Gefahr, untergraben zu werden. In der Jugendarbeit finden sich zentrale Akteure, wenn es darum geht, die europäische Idee neu zu begründen (z. B. durch Vermittlung von Solidarität und europäischer Bürgerschaft sowie durch Unterstützung bei der Mobilität zu Lernzwecken). Bei der Umsetzung der EU-Jugendstrategie von 2014 bis 2018 sollte dieser Aspekt mehr Gewicht bekommen.

GUTES BESSER MACHEN: „STRUKTURIERTEN DIALOG“ WEITERENTWICKELN

Der „Strukturierte Dialog“ ist eine Plattform für den ständigen Gedankenaustausch über die jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa. Mit diesem systematischen Online-Dialog zwischen Jugendlichen und Politik/Verwaltung gibt es auf EU-Ebene ein mittlerweile erprobtes Instrument, das weiter auszubauen und qualitativ zu unterfüttern ist. Hier sind vor allem nachvollziehbare Feedbackprozesse wichtig.

Für die lokale und regionale Ebene anschlussfähig ist das ePartool-Beteiligungskonzept, das auf Bundesebene sowohl beim „Strukturierten Dialog“ als auch bei „Ichmache>Politik“ eingesetzt wird.

Auf Bundesebene sind eine offensive Informationspolitik und Fortbildungsmöglichkeiten über den „Strukturierten Dialog“ und andere europäische Konsultationsverfahren wünschenswert. Es sollte geprüft werden, wie auch Themen, die von jungen Menschen benannt werden und die nicht zu den laufenden Konsultationen passen, auf der europäischen Ebene ein- gespielt werden können.



SCHULE UND AUSSERSCHULISCHE LERN- UND BILDUNGSORTE



Bildung ist ein wichtiger Teil der Lebensphase Jugend. Junge Menschen bilden sich intellektuell, sie erwerben Fähigkeiten und Fertigkeiten, sie bereiten sich auf ihre Zukunft vor und stellen Weichen. Die Lern- und Bildungsorte sind vielfältig und werden grob in schulische und außerschulische unterteilt.

Jugendliche müssen sich formalen Bildungsanforderungen stellen und persönliche Entwicklungsaufgaben meistern; Wissens- und Kompetenzerwerb müssen in einem guten Verhältnis zueinander stehen. Vor dem Hintergrund der Veränderungen der Lebensphase Jugend und den damit einhergehenden neuen Herausforderungen für Jugendliche (insbesondere verlängerte Bildungsphase und steigende Bildungserwartungen) sind Lern- und Bildungsorte ein zentrales Anwendungsfeld für eine Eigenständige Jugendpolitik.

Schule und außerschulische Bildungseinrichtungen sind Orte, an denen Jugendliche einen großen Teil ihres Alltags verbringen. Hier erlangen sie Wissen und Kompetenzen, sie sammeln Erfahrungen, erproben eigenständiges Lernen, finden Orientierung und Begleitung. In den verschiedenen Arbeitsformaten des Dialogprozesses zur Entwicklung einer Eigenständigen Jugendpolitik wurden diverse Herausforderungen diskutiert und Handlungsbedarfe gesammelt, die im Folgenden unter diesen Themenblöcken aufgeführt sind: „Zusammenspiel von Lern- und Bildungsorten“, „Schule als Lern- und Lebensort“ sowie „Wertschätzung non-formaler Bildung und Anerkennung non-formaler Kompetenzen“.

ZUSAMMENSPIEL VON LERN- UND BILDUNGSORTEN

Bei den bisherigen Diskussionen über eine Eigenständige Jugendpolitik ging es immer wieder um das Machtgefälle zwischen schulischer und außerschulischer Bildung. Festgehalten wurde, dass die außerschulische Bildung – z. B. in Jugendzentren, Kultur- und Sportvereinen sowie Jugendverbänden – mit dem Ziel einer partnerschaftlichen Interaktion der beiden Bereiche gestärkt werden muss. Eine konfrontative Gegenüberstellung von Schule und außerschulischen Lern- und Bildungsorten entspricht nicht den Lebensrealitäten der meisten Jugendlichen.

Es wurde der Anspruch formuliert, dass die Bedürfnisse von Jugendlichen konsequent in allen Lern- und Bildungsorten und in (gemeinsamen) strategischen Planungen berücksichtigt werden. Auch vor dem Hintergrund verschiedener fachlicher Prinzipien der Institutionen sollte es möglich sein, sich im Interesse der Jugendlichen aufeinander zuzubewegen und inhaltliche oder strukturelle Hürden zu überwinden.

BILDUNG VON DER JUGEND AUS DENKEN: SELBSTWIRKSAMKEIT UND WAHLMÖGLICHKEITEN, ZUVERSICHT UND ZUGÄNGE, BEZIEHUNGEN UND FREIRÄUME ERMÖGLICHEN

Das Wirken und auch das Zusammenspiel von Schule und außerschulischen Lern- und Bildungsorten muss von den Bedürfnissen der Jugendlichen aus gedacht werden – diese Forderung hat die Expertengruppe „Schule und außerschulische Lern- und Bildungsorte“ unter dem Dach des Zentrums Eigenständige Jugendpolitik aufgegriffen. Ausgehend vom sogenannten Wellbeing-Konzept formulierten die Expertinnen und Experten Empfehlungen für alle Lern- und Bildungsorte. Im Vordergrund dieses Konzepts steht die Frage, was der Mensch für ein gutes, gelingendes Leben benötigt. Das Wohlbefinden wird dabei nicht nur über materielle Güter und Ressourcen definiert. Es geht vielmehr um soziale Ressourcen und individuelle Befähigungen, über die der Mensch verfügen muss, damit er sein Leben erfolgreich gestalten kann.

Die Empfehlungen der Expertengruppe wurden in den Dialogprozess zur Entwicklung einer Eigenständigen Jugendpolitik eingebracht und intensiv diskutiert. Der Ansatz, das Wohlbefinden von Jugendlichen zum Ausgangspunkt des (gemeinsamen) Handelns von schulischen und außerschulischen Lern- und Bildungsorten zu machen, wurde als ausgesprochen hilfreich beurteilt. Im Folgenden werden Herausforderungen aufgeführt, die sich aus der Perspektive einzelner Dimensionen des Wohlbefindens Jugendlicher ergeben und deren Konsequenzen zu diskutieren sind.

Jugendliche, die einen eingeschränkten **ZUGANG ZU BILDUNG** haben, erleben dies als Ungerechtigkeit. Bei einem insgesamt steigenden Bildungsniveau werden sozial benachteiligte Jugendliche mit schlechten Zugangschancen immer stärker marginalisiert und zunehmend gesellschaftlich ausgegrenzt.

Eine Eigenständige Jugendpolitik muss sich dafür einsetzen, dass Jugendliche nicht durch finanzielle, strukturelle, bürokratische, soziale oder kulturelle Hürden von der Teilhabe an Lern- und Bildungsorten ausgeschlossen werden. Alle Lern- und Bildungsorte müssen ihre Zugangsmodalitäten kritisch prüfen und ihre Zugänge weiter ausbauen. Hierfür müssen ggf. neue Konzepte und Modelle entwickelt und umgesetzt werden. Für den Abbau von Zugangsbarrieren zwischen verschiedenen Angeboten ist es u. a. entscheidend, dass die unterschiedlichen Professionen die Angebote der jeweils anderen Partner im Blick haben und kennen. Die Durchlässigkeit des Schulsystems muss weiter erhöht werden. Faire Zugänge zu schulischen und außerschulischen Lern- und Bildungsorten erfordern auch die Unterstützung jugendlicher Mobilität in denjenigen Regionen, die nicht (mehr) über eine angemessene Infrastruktur verfügen. Weitere Barrieren bestehen etwa bei der oftmals bürokratischen Gewährung von Nachteilsausgleichen (z. B. Bildungs- und Teilhabepaket) und beim Zugang von Flüchtlingskindern zu allgemeinbildenden Schulen.

ZUVERSICHT im Sinne einer positiven Zukunftserwartung ist mehr als ökonomischer Optimismus, sondern beschreibt die Sichtweise, als Mensch an sich einen Wert zu haben und gestaltend wirken zu können. Dies wiederum eröffnet Zukunftsperspektiven. Zuversicht zu vermitteln ist ein zentrales Ziel von schulischer und außerschulischer Bildung. Bisher unterscheidet sich die subjektive Zuversicht zwischen Jugendlichen stark in Abhängigkeit von ihren Ressourcen und Möglichkeiten.

Lern- und Bildungsorte sollten Jugendlichen unterschiedliche Perspektiven aufzeigen und ihnen Möglichkeiten bieten, eigene Vorstellungen zu entwickeln. Die Angebote aller Lern- und Bildungsorte müssen Jugendliche umfassend befähigen und ihre individuellen Stärken sichtbar machen, anerkennen und aktiv fördern. Abbrüche und Richtungswechsel in jugendlichen Biographien sollten nicht von vornherein negativ belegt werden. Sie können einen Wert für die Persönlichkeitsbildung in sich tragen. Darüber hinaus haben Jugendliche in entsprechenden Situationen ein Anrecht auf unterstützende Informationen, Begleitung und Zugang zu Alternativen.

Bildungsinhalte sollen dazu dienen, Jugendliche zu Entscheidungen und Handlungen in allen gesellschaftlichen Sphären zu befähigen. Jugendliche müssen sich darauf verlassen können, dass die Angebote nicht einem abstrakten Bildungsideal folgen, sondern persönliche und gesellschaftliche Relevanz aufweisen. Das sollten alle Lern- und Bildungsorte selbstkritisch prüfen.

Subjektive Zuversicht basiert auch auf der Erfahrung einer sozialen und kulturellen Einbettung durch die Vernetzung subjektiv bedeutsamer Lernorte. Entsprechende Rahmenvereinbarungen auf Landes- und kommunaler Ebene sollten die Durchlässigkeit zwischen den unterschiedlichen pädagogischen Lernorten ermöglichen.

Die **SELBSTWIRKSAMKEIT** als eine zentrale Dimension des Wohlbefindens von Jugendlichen ist als die persönliche Überzeugung definiert, schwierige Anforderungen aus eigener Kraft meistern zu können. Selbstwirksamkeit stärkt die Motivation und Willenskraft und fördert anspruchsvolle Zielsetzungen, Anstrengungen, Ausdauer und Leistung. Selbstwirksamkeit entsteht durch Erfolgserfahrungen. Diese werden möglich durch bewältigbare und herausfordernde Anforderungen, durch konkrete Nahziele und häufiges sowie motivationsförderndes Feedback,

» Fachforum „Von der Jugend aus gedacht: Für ein neues Zusammenspiel von Schule und außerschulischen Lern- und Bildungsorten!“, 8. Oktober 2013 in Nürnberg



durch Transparenz von Anforderungen und Bewertungen, durch Fehlertoleranz und Ermutigung sowie durch selbstbestimmtes Lernen.

Im Sinne von mehr Erfahrungen, die Selbstwirksamkeit ermöglichen, müssen alle Lern- und Bildungsorte Jugendlichen Gelegenheiten bieten, ihre Fähigkeiten zu erproben und ihre Grenzen zu erkennen. Zur Ausbildung von Selbstwirksamkeit ist es nötig, Jugendliche zu selbstbestimmten und selbstverantworteten Aktivitäten zu motivieren und diese anzuerkennen. Dazu ist vielfach auch ein Perspektivenwechsel von einer Defizit- zu einer Stärkenorientierung notwendig – ein Paradigmenwechsel, für den sich eine Eigenständige Jugendpolitik stark macht. Fachkräfte in Schule und außerschulischen Lern- und Bildungsorten müssen befähigt werden, die Heterogenität und die unterschiedlichen Bedarfe und Interessen der Jugendlichen zu erkennen und anzuerkennen.

Jugendliche wollen in allen für sie relevanten Lebensbereichen eigenständige Entscheidungen treffen. Daher müssen Lern- und Bildungsorte ihre

Möglichkeiten der Partizipation junger Menschen systematisch ausloten und bestehende Grenzen überwinden (siehe S. 25). Ein verbindliches Maß an selbstbestimmten Lern- und Bildungsinhalten darf Jugendlichen nicht vorenthalten werden. Das ist auch eine Voraussetzung dafür, dass sie Verantwortung in der Gesellschaft übernehmen.

Um **WAHLFREIHEIT** für die Jugendlichen zu ermöglichen, ist ein vielfältiges und gestaltbares Angebot der Lern- und Bildungsorte notwendig. Eine sozialräumlich und regional differenzierte Vielfalt von Bildungsträgern und -angeboten erfordert nicht nur verlässliche Rahmenbedingungen und ein Zusammenwirken von Schule und außerschulischen Trägern, sondern immer auch Bildungsräume außerhalb von Schule. Die Vielfalt der Bildungsträger und -angebote sollte grundsätzlich an den Bedarfen und Interessen der Jugendlichen ausgerichtet sein.

Das Wohlbefinden Jugendlicher hängt nicht zuletzt von Qualität und Diversität ihrer zwischenmenschlichen **BEZIEHUNGEN** ab. In allen Beziehungen, aber besonders in denen zwischen Erwachsenen

und jungen Menschen, kann Macht der einen Ohnmacht der anderen bewirken. Ein Qualitätsmaßstab für alle Lern- und Bildungsorte sollte also sein, inwiefern sie stabile und gehaltvolle Beziehungen ermöglichen und unterstützen. Darum sind besonders die Fachkräfte dazu aufgefordert, Machtverhältnisse und -verhalten selbstkritisch zu prüfen und gegebenenfalls zu einer Ausgewogenheit beizutragen.

Lehrerinnen und Lehrer bewegen sich mit ihren Schülerinnen und Schülern in Bewertungs- und Leistungskontexten; dies prägt auch ihre Beziehungen. Wichtige Fragen sind: Wie viel wissen sie voneinander? Wo erleben sie sich gegenseitig in außerunterrichtlichen Kontexten? Längeres Zusammensein in Klassen sowie weniger Lehrerwechsel könnten dem Aufbau und der Pflege von Beziehungen der Jugendlichen untereinander und zwischen Jugendlichen und Lehrkräften zuträglich sein. Darüber hinaus könnte die Beziehungsqualität durch adäquate Stundenkontingente für Lehrkräfte bzw. auch Schulsozialarbeiterinnen oder Schulsozialarbeiter verbessert werden.

Eltern sollte grundsätzlich mit Wertschätzung begegnet werden, was nicht ausschließt, sich kritisch mit ihnen auseinanderzusetzen. Fachkräfte in schulischen und außerschulischen Lern- und Bildungsorten müssen zur Kommunikation und Zusammenarbeit mit Eltern befähigt werden. Neben kollegialer Beratung müssen hierfür auch gemeinsame Fort- und Weiterbildungsangebote entwickelt werden. Darüber hinaus werden Angebote benötigt, die Familien, insbesondere in prekären Lebenslagen, dazu motivieren und befähigen, ihre Kinder in der Jugendphase unterstützend zu begleiten.

In allen Lern- und Bildungsorten müssen Jugendliche auch Zeiten und Räume für ihre eigenen Beziehungen vorfinden. Das positive Potenzial von Beziehungen Gleichaltriger für Lern- und Bildungsprozesse ist stärker anzuerkennen, ohne dass damit die Verantwortung an Jugendliche abgegeben wird. In dieser

Hinsicht können Schulakteure von außerschulischen Lern- und Bildungsorten lernen. Wiederholt wurde der Vorschlag in die Diskussionen eingebracht, die Angebote der Ganztagsbetreuung auch für Schülerinnen und Schüler anderer Schulen zu öffnen. Hierfür müssten die bestehenden Regelungen zu Aufsichts- und Versicherungsfragen geprüft und gegebenenfalls angepasst werden.

Neben den strukturierten Angeboten schulischer und außerschulischer Lern- und Bildungsorte brauchen Jugendliche genügend **AUS- UND FREIZEITEN**, die selbstbestimmt und eigenverantwortlich zur Entspannung und für Freizeitaktivitäten genutzt werden können. Freiräume und freie Zeiten in Bildungsorten müssen trotz bestehender Anforderungen an Jugendliche ermöglicht werden. Jugendliche sollen die Wahl zwischen verschiedenen Räumen haben, in denen sie ihre freie Zeit verbringen möchten. Um freie Räume und verfügbare Zeit zu gewährleisten, müssen Anforderungen und Strukturen geprüft und ggf. verändert werden. Zudem müssen Jugendliche bei Fragen der Zugänge und der Gestaltung öffentlicher Räume und bei der Klärung möglicher zeitlicher Freiräume ernsthaft und wirksam beteiligt werden.

GEMEINSAME BILDUNGSVERANTWORTUNG: LOKALE BILDUNGSLANDSCHAFTEN AUSGESTALTEN

Schule ist Bestandteil der spezifischen Lebensräume von Jugendlichen. So existieren Unterschiede zwischen Städten und ländlichen Räumen – hier ist Schule neben ggf. vorhandenen Vereinen und Verbänden häufig der einzige Kommunikationspunkt, an dem junge Menschen in größerer Anzahl zusammenkommen. Gut funktionierende Schulen können die junge Generation in einer Kommune stärken und einen Gewinn darstellen, wenn sie z. B. im ländlichen Raum Zuzug generieren. Kommunen sollten als aktive Schulträger Schülerinnen und Schüler sowie Eltern

nach ihren Wünschen fragen, beispielsweise hinsichtlich der Schulstandort-, Schulbau- und Schulwegplanung. Auf diese Weise kann es möglich werden, dass Schule Heimat gibt und etwa geöffnete Schulhöfe, Räume für den Stadtteil und die Schulsozialarbeit von vornherein mit geplant werden.

Der Lern- und Lebensort Schule muss als Teil einer jugendfreundlichen Kommune durch alle relevanten Akteure ausgestaltet werden. Eine Eigenständige Jugendpolitik auf kommunaler Ebene sollte außerdem ein Forum bieten, um offene Fragen zur Ausgestaltung von sozialräumlicher Bildungsplanung mit jugendpolitischem Profil zu klären. Darüber hinaus kann Jugendpolitik einen wertschätzenden Umgang der Akteure miteinander, den notwendigen politischen Willen sowie eine strukturelle Verankerung gemeinsamer Verantwortung fördern – zu häufig ist dies von Zufälligkeiten und einzelnen Personen abhängig.

Eine Eigenständige Jugendpolitik sollte die Kooperation aller am Lern- und Lebensort Schule beteiligten Akteure fördern: Es werden verbindliche und rechtlich abgesicherte Strukturen der Zusammenarbeit benötigt – für Schülerinnen und Schüler, Eltern, Lehrerinnen und Lehrer, Verantwortungsträgerinnen und Verantwortungsträger in Schulen, die Schulverwaltung, außerschulische Träger und Strukturen der Selbstorganisation Jugendlicher wie auch die öffentlichen Träger der Jugendhilfe und die Jugendhilfeausschüsse. Mit Blick auf die Entwicklung lokaler Bildungslandschaften ist es wichtig, dass die Schule nicht als das einzige oder wichtigste Gravitationszentrum gedacht wird. Erst in einem solchen Kooperationsraum können die Interessen von Schülerinnen und Schülern sowie von beteiligten Organisationen und Institutionen effektiv ausgeglichen werden. Für gelingende Kooperationen werden gemeinsame, klar formulierte Ziele und Verträge sowie eine Verankerung in Jugendförderplänen sowie in Stellenprofilen

benötigt. Programme und Projekte können hier Unterstützung bieten und dazu beitragen, dass sich eine gemeinsame Bildungsverantwortung in Übereinkünften niederschlägt.

HÜRDEN AB- UND WERTSCHÄTZUNG AUFBAUEN: KOOPERATION VON SCHULE UND JUGENDHILFE WEITER VERBESSERN

Mit der Kooperation von Jugendhilfe und Schule werden weitreichende pädagogische und konzeptionelle Zielsetzungen verbunden, wie die gemeinsame Gestaltung einer „Kultur des Aufwachsens“ und die Neujustierung des Verhältnisses der Erziehungs- und Bildungsinstitutionen zueinander. Auf dem Weg zu einer Zusammenarbeit auf Augenhöhe gilt es jedoch noch viele Hürden zu nehmen. Die Zusammenarbeit zwischen Jugendhilfe und Schule ist kein Selbstzweck. Kooperation muss es beiden Bereichen erlauben, ihre Aufgaben für Jugendliche zu erfüllen und ihre jeweiligen Merkmale zu erhalten. Dabei müssen die jeweils notwendigen Ressourcen geklärt und ein Agieren auf Augenhöhe ermöglicht werden.

Die Rahmenbedingungen für die Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe sind nicht immer förderlich – nicht zuletzt, weil die Zuständigkeiten zwischen Bund, Ländern und Kommunen weit gestreut sind. Es gibt die Schulbildungsministerien auf Landesebene, welche die Lehrkräfte finanzieren und im Wesentlichen vorgeben, was gelehrt wird. Die Schulgebäude wiederum liegen in kommunaler Verantwortung. Daneben existieren ein privates Schulsystem und die Jugendhilfe, die auf Basis eines Bundesgesetzes agiert und häufig von lokalen und zivilgesellschaftlichen Akteuren ausgestaltet wird. Dazwischen leben junge Menschen und ihre Eltern in Kommunen, die ebenfalls von vielen internen und externen Zwängen beeinflusst werden.

Eine Eigenständige Jugendpolitik schafft zahlreiche Anknüpfungspunkte, um etwa mit Programmen und Projekten zur Verbesserung der Kooperation von Jugendhilfe und Schule beizutragen – wichtige Aspekte dabei sind Planung und Fachlichkeit. Der schulische und der außerschulische Bildungsbereich sollten nicht gegeneinander aufgewogen werden. Um die gegenseitige Anerkennung von schulischen und außerschulischen Bildungsleistungen zu fördern, wird es nötig sein, auf beiden Seiten für einen wertschätzenden Umgang miteinander zu werben.

Von verschiedenen Akteuren aus den Bereichen Schule und Jugendarbeit wird vorgeschlagen, dass die Schulgesetze der Länder die Schulen zur Zusammenarbeit mit den anderen Bildungsakteuren verpflichten. Angeregt wird auch, dass Jugend- und Kultusministerkonferenzen sich gemeinsam dem Thema widmen – zum Beispiel auf Grundlage der hier vorliegenden Handlungsbedarfe. Darüber hinaus wird die Aufhebung des Kooperationsverbotes zwischen Bund und Ländern in der Bildungsfinanzierung gefordert.

Die erforderliche Zusammenarbeit von Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung muss systematisch, planmäßig und auf Augenhöhe stattfinden, sodass eine Win-Win-Situation für alle Partner die Folge ist, von der wiederum die Jugendlichen profitieren. Insbesondere drei Akteure müssen für eine integrierte Planung zusammengebracht werden: das Schulverwaltungsamt (Schulentwicklungsplanung), das Jugendamt (Jugendhilfeplanung) und die Schule (Schulprogrammentwicklung). Grundlage dafür ist der politische Wille der Kommune und die Zusammenarbeit der relevanten Ausschüsse vor Ort. Es ist zu prüfen, ob eine Kooperation von Jugendhilfe und Schule auf Verwaltungsebene im Sinne integrierter, sozialräumlicher Planung die vertragliche Kooperation zwischen

Schulen und außerschulischen Trägern überflüssig macht. Bei der Forderung nach einer integrierten Planung ist zu bedenken: Obwohl es Jugendhilfeplanung spätestens seit Inkrafttreten des Kinder- und Jugendhilfegesetzes 1990/1991 geben müsste, findet sie nur selten ausreichend statt.

Eine gemeinsame Verantwortung von Jugendhilfe und Schule im pädagogischen Alltag bedarf eines gemeinsamen Bildungsverständnisses, nach dem Bildung ein umfassender Entwicklungsprozess des Menschen ist, in dem er seine geistigen, kulturellen und lebenspraktischen Fähigkeiten und seine Kompetenzen erweitert. Darüber hinaus muss geklärt werden, wie die Fachkräfte verschiedener Berufsgruppen gemeinsam eingebunden werden können (z. B. über Aus- und Fortbildungen). Zunehmende Probleme und steigende Herausforderungen, denen sowohl die Schule als auch die Jugendhilfe begegnen, führen bereits zu mehr Kommunikation, mehr Teamarbeit und größerem gegenseitigen Verständnis und Anerkennung. Jedoch wird Jugendhilfe noch zu häufig nur als „Reparaturbetrieb“ wahrgenommen. Um gemeinsame Lernkonzepte entwickeln zu können, braucht es mehr gegenseitiges Vertrauen in die Potenziale (aber auch in die fachlichen Prinzipien) des jeweils anderen.

Nicht nur die Jugendarbeit kooperiert mit Schule, sondern viele weitere Akteure wie Schulsozialarbeit, Schulbegleitung sowie regionales Übergangsmangement. Für die Entwicklung eines gemeinsamen Bildungsverständnisses müssen realistische Zeitläufe und Ansätze gewählt werden. In den letzten Jahren hat sich aber bereits viel getan auf dem Weg zu einem wirklichen Miteinander verschiedener Bildungsformen.

SCHULE ALS LERN- UND LEBENSORT

Im Zuge der Entwicklung einer Eigenständigen Jugendpolitik wurden verschiedene Ideen und Ansätze für die jugendgerechte Gestaltung von Schule gesammelt und erarbeitet. Dabei ging es maßgeblich darum, Schule zu öffnen und sie als einen Lern- und Lebensort in der Gesellschaft zu verankern. Die zentrale Perspektive dabei war die der gemeinsamen Verantwortung verschiedener Akteure. Ob Schule ein attraktiver Lern- und Lebensort für Jugendliche ist, hängt von vielen Aspekten ab – nicht zuletzt davon, was unter „lernen“ verstanden wird. Besondere Herausforderungen stellen sich in Ganztagschulen, etwa mit Blick auf altersgerechte Angebote und Mitbestimmung.

LERNEN IST MEHR ALS DER ERWERB VON WISSEN: ZEITGEMÄSSE LERNFORMEN EINSETZEN

Lernen ist im Idealfall eine Verbindung von formalem, nicht formalem und informellem Lernen und wird von Lehrerinnen und Lehrern, sozialpädagogischen Fachkräften und Ehrenamtlichen (etwa in Vereinen und Verbänden) begleitet – darüber sind sich die Mitwirkenden in den verschiedenen Arbeitsformaten zur Eigenständigen Jugendpolitik einig. In Zeiten vereinfachter – insbesondere medialer – Wissenszugänge ist es zunehmend wichtig, nachhaltige personale Kompetenzen wie Gestaltungskompetenz, Eigenverantwortung und Chancenbewusstsein zu vermitteln.

Zentral sind unter anderem eine gute Atmosphäre und Gruppendynamik, soziales Lernen und Mitbestimmung. Darüber hinaus sind Vorbilder sowie die gegenseitige Wertschätzung und das Vertrauen zwischen

Lernenden und Lehrenden wichtig. Lernen ist insofern selbstgesteuert, als dass es darum geht, sich selbst zu erproben, Erfahrungen zu machen, Dinge auszutesten und auch Fehler zu machen, um daraus zu lernen. Unterschiedliche Lösungswege sind zulässig.

Schülerinnen und Schüler sollten nicht gegeneinander im Sinne einer Konkurrenz um die Zukunft, sondern miteinander im Sinne von Solidarität lernen. Wichtige Elemente einer attraktiven Schule sind die individuelle Förderung von Neigungen und Interessen, eine Schullaufbahnberatung, themenbezogene Ergänzungen, Freiräume und Projektarbeit. Elternarbeit ist ein wichtiger Baustein für die Akzeptanz eines solchermaßen erweiterten Lernverständnisses – denn gerade bei Eltern hat die messbare schulische Leistungsentwicklung ihrer Kinder oft den höchsten Stellenwert.

Mittlerweile wird in vielen Schulen nicht mehr nur der klassische Frontalunterricht praktiziert, sondern es werden vielfältige (Lern-)Methoden, wie beispielsweise die Partner- und Gruppenarbeit, das Stationenlernen und/oder die Lernwerkstatt angewendet. Viele dieser heute in vielen Schulen angewandten Unterrichtsmethoden sind nicht von der Klassengröße abhängig. Vielmehr geht es um die Haltung der Schuldirektion und der Lehrkräfte, denen die Gestaltung des Unterrichts obliegt. Insbesondere die Länder, die maßgeblich für das Bildungswesen zuständig sind, sollten eine förderliche, stärkenorientierte Methodenvielfalt bereits in der Ausbildung von Lehrkräften vermitteln und die Umsetzung in allen Schulen nachhaltig anregen.

Neben der notwendigen Entschlackung des Unterrichts und neuen Unterrichtsformaten sollten mehr Kooperationen mit Vereinen/Verbänden, Freizeitzentren und Wirtschaft angeregt werden. Dies eröffnet

u. a. Möglichkeiten für Sport, politische und kulturelle Bildung, Berufs- und Studienorientierung sowie Austausch und Begegnung im Ausland.

ALTERSGERECHTE ANGBOTE UND WAHLMÖGLICHKEITEN: GANZTAGSSCHULEN AN DEN BEDÜRFNISSEN JUGENDLICHER AUSRICHTEN

Gerade die Ganztagschule kann ein Ort sein, an dem ein weiterer Bildungsanspruch verwirklicht wird. Die Expertise „Ganztagsangebote für Jugendliche“ von Bettina Arnoldt, Peter Furthmüller und Christine Steiner beleuchtet den Stellenwert von Ganztagsangeboten für Schülerinnen und Schüler ab der 9. Klasse. Die präsentierten Daten lassen darauf schließen, dass das Ganztagsangebot für ältere Schülerinnen und Schüler nach wie vor eingeschränkter ist als das für jüngere. Diese altersspezifische Schwerpunktsetzung wird auf knappe Mittel und die Tatsache zurückgeführt, dass mit dem Ausbau der Ganztagschule nicht nur bildungspolitische, sondern auch arbeitsmarkt- und familienpolitische Ziele (Stichwort: Nachmittagsbetreuung von jüngeren Kindern berufstätiger Eltern) verfolgt werden.

Neben einer bedarfsgerechten Ausstattung empfehlen die Autorinnen und der Autor, dass Ganztagschulen und ihre Kooperationspartner eine klarere Vorstellung davon entwickeln, was

nicht-unterrichtliches Lernen ausmacht. Darüber hinaus sollten Ganztagsangebote stärker an der schulischen Laufbahn, den individuellen Lebensverläufen und den altersspezifischen Interessen und Bedürfnissen der Schülerinnen und Schüler orientiert werden. Besonderes Augenmerk ist auf Freiwilligkeit und Wahlmöglichkeiten zu richten. Dies ist zwar im Hinblick auf eine damit einhergehende ungleiche Teilnahme problematisch, jedoch entfalten Ganztagsangebote ihr volles Potenzial, wenn Jugendliche sich aus freien Stücken dafür entscheiden. Wenn man Jugendliche fragt, was sie vom Ganztags erwarten, sind Freiräume, Entscheidungsautonomie, Gestaltungsmöglichkeiten und eine Vielfalt an Angeboten besonders wichtig. Gerade ältere Jugendliche nutzen Ganztagsangebote auch sehr funktional, etwa um Schullaufbahnentscheidungen tatsächlich zu verwirklichen. Es gibt also verschiedene Motivlagen auch auf Seiten der Jugendlichen. Jugendliche müssen stärker an der Ausgestaltung des Ganztags beteiligt werden.



» Zwischenbilanztagung
„Auf dem Weg zu einer Allianz für Jugend“,
24./25. April 2013 in Berlin

MEHR MITBESTIMMUNG IN DER SCHULE: RECHT UMSETZEN, BETEILIGUNGSKULTUR ETABLIEREN, ZEITEN UND QUALIFIZIERUNG ANBIETEN

Mitbestimmungsmöglichkeiten in der Schule schaffen Gelegenheiten zur Erfahrung von Selbstwirksamkeit. Das hat positive Auswirkungen auf das gesellschaftliche Erleben und auf die Motivation zum Engagement. Zu einer guten Schule gehört eine lebendige, ernst gemeinte, strukturelle Beteiligungskultur. Auch wenn in vielen Schulen die Beteiligung von Schülerinnen und Schülern bereits sehr gut umgesetzt wird, hängt die Möglichkeit zur Partizipation allzu oft von der Haltung und dem Engagement einzelner Personen (z. B. Schulleitung, Lehrkräfte) ab. Dabei gibt es rechtliche Grundlagen zur Mitbestimmung von Schülerinnen und Schülern, die noch nicht ausgeschöpft werden. Eigenständige Jugendpolitik muss darauf hinwirken, dass bestehende Möglichkeiten und Strukturen für Mitbestimmung in der Schule ernst genommen und ausgebaut werden. Hierzu zählt z. B. die Schülerinnen- und Schülervertretung auf verschiedenen Ebenen. Die im Rahmen von Schulgesetzen vorgegebenen Räume müssen von jungen Menschen genutzt werden können. Auch sollten junge Menschen, die jugendpolitische Interessenvertretungen außerhalb der Schule wahrnehmen, dafür von der Schule stundenweise freigestellt werden können. Es ist wichtig, dass aktiven Schülerinnen und Schülern aufgrund ihrer Tätigkeiten keine Nachteile entstehen.

Die von Jugendlichen bei „Ich-mache>Politik“ erhobene Forderung nach einem Antrags- und Anhörungsrecht von Schülerinnen- und Schülervertretungen in kommunalen Entscheidungsgremien wird von der Steuerungsgruppe des Zentrums Eigenständige Jugendpolitik jedoch kritisch gesehen: Die Schülerinnen- und Schülervertretungen haben den Auftrag, die Interessen der Schülerschaft hinsichtlich schulspezifischer Themen und mit Blick auf die aktuellen Bedarfe

in der jeweiligen Schule zu vertreten. Die Themen auf kommunaler Ebene sind jedoch nicht nur schulspezifisch und betreffen junge Menschen unabhängig von der Schule, die sie besuchen. Zudem basieren die politischen Beteiligungsstrukturen vor Ort (z. B. Jugendhilfeausschüsse) auf anderen Logiken als denen der Schule und sollten auch Jugendlichen aus anderen Bereichen offen stehen. Hierfür sollten die kommunalen Jugendvertretungen und Jugendverbände gestärkt und besser eingebunden werden.

Es ist eine Aufgabe der Länder, Beteiligung junger Menschen in Schulen zu einem Qualitätskriterium zu machen, das stetig und gemeinsam mit den Schülerinnen und Schülern weiterentwickelt wird. Für Beteiligungskultur als Qualitätsmerkmal spricht zudem, dass sich Schulen zunehmend in einer Konkurrenzsituation untereinander befinden. Möglichkeiten der Weiterentwicklung bestehen z. B. mit Blick auf die Zusammensetzung von Schulkonferenzen – hier kann eine Drittelparität (Lehrerinnen/Lehrer, Schülerinnen/Schüler, Eltern) festgeschrieben werden.

Damit Partizipation nachhaltig in der Schule verankert wird, müssen Beteiligungsmöglichkeiten in der Regelpraxis und nicht nur in Projekten eröffnet werden. Das bezieht sich auf alle Aspekte der Schule, etwa auf ein Mitspracherecht bei der Gestaltung der Gebäude und Flächen. Dies entspricht den Forderungen von Jugendlichen im Rahmen von „Ichmache>Politik“, die darüber hinaus die Pausengestaltung und Ruheorte für sich in Anspruch nehmen möchten. Langfristig muss auch über die Mitbestimmung des Curriculums diskutiert werden.

Gelingende Mitbestimmung in der Schule ist vor allem aktives Erlernen demokratischen Handelns. Schülerinnen und Schüler müssen ernst genommen und dazu befähigt werden, ihre Mitbestimmungsrechte wahrzunehmen. Wie unter anderem Jugendliche in einer Beteiligungsrunde von „Ichmache>Politik“ betonten, darf selbstgesteuertes Lernen nicht

bedeuten, dass Schülerinnen und Schüler sich selbst über ihre Mitbestimmungsrechte informieren und diese gegebenenfalls gegenüber Schulleitungen und Lehrkräften durchsetzen müssen.

Die Beteiligung junger Menschen muss struktureller Bestandteil von Schule sein. Dafür müssen nicht zuletzt die Beteiligungskompetenzen der Lehrkräfte verbessert werden – frühzeitig in der Ausbildung, aber auch im Rahmen von Fort- und Weiterbildung. Da außerschulische Träger der Jugendarbeit über vielfältige Erfahrungen und Expertise verfügen, sind sie geeignete Ansprechpartner für die Qualifizierung von Schülerinnen und Schülern sowie von Lehrkräften.

Zeit ist ein zentrales Thema, wenn es um jungendliches Engagement geht. Gerade im ländlichen Raum kommt häufig noch die mangelnde Mobilität hinzu. Die Einführung des achtjährigen Gymnasiums verkürzt die Schulzeit vieler Jugendlicher, auch die Bachelor- und Masterstudiengänge sind gestrafft worden. Einerseits bekommen junge Menschen so die (zumindest theoretische) Möglichkeit, früher auf eigenen Beinen zu stehen. Andererseits kann die Aus-

weitung der durch formale Bildungseinrichtungen gebundenen Zeit dazu führen, dass Freiräume, die wichtig für Engagement sind, reduziert werden. Der dritte Freiwilligensurvey (2009) – eine Studie zum bürgerschaftlichen Engagement in Deutschland – zeigt bereits einen leichten Rückgang des freiwilligen Engagements in verschiedenen jugendlichen Altersgruppen.

Tatsache ist, dass Jugendliche mehr Zeit als früher in der Schule verbringen. Darum ist es wichtig, dass ehrenamtliche Aktivitäten und Schule besser miteinander vereinbar werden. Schule sollte Zeiten, Räume und Anlässe bereit stellen, um Schülerinnen und Schülern freiwilliges Engagement in und neben der Schule zu ermöglichen. Hierfür gibt es bereits unterschiedliche Konzepte und Modelle. Vorgeschlagen wird z. B. ein schulfreier Nachmittag in der Woche. Diese Zeit könnten Jugendliche unverzweckt und selbstbestimmt gestalten, z. B. auch um sich etwa in Jugendverbänden, in Initiativen, im Jugendparlament oder im Jugendhilfeausschuss einzubringen.



» Projekttag „Eigenständige Jugendpolitik?!",
18. Dezember 2012 in Berlin

NEUE INHALTE UND FORMEN: MITBESTIMMUNG IN GANZTAGSSCHULEN WEITERENTWICKELN

Angesichts des kontinuierlichen Ausbaus von Ganztagschulen und der Zunahme von außerunterrichtlichen Angeboten gibt es Klärungsbedarf mit Blick auf die Mitbestimmung von Jugendlichen speziell in Ganztagschulen. So werden sich beispielsweise die Funktionen von Schülerinnen- und Schülervertretungen erweitern, insbesondere wenn es darum geht, Angebote, Räume und Zeiten zu gestalten und aufzuteilen. Zu diesem Thema haben Ivo Züchner, Thomas Coelen und Anna Lena Wagener im Auftrag des Zentrums Eigenständige Jugendpolitik die **Expertise „Partizipation von Kindern und Jugendlichen in Ganztagschulen“** verfasst.

Demnach kann noch nicht davon ausgegangen werden, dass an den meisten Ganztagschulen eine Partizipationsstruktur und -kultur existiert, die sowohl unterrichtliche als auch außerunterrichtliche Settings einbezieht. Partizipationshemmnisse können sein: Vorgaben von außerhalb, welche Partizipation in den Schulen beschränken (Curriculum, Schulgesetze) sowie ein stark hierarchisch strukturiertes Verhältnis von Erwachsenen zu Schülerinnen und Schülern. Partizipationspotenziale der Ganztagschule (im Vergleich zur Halbtagschule) können in folgenden Faktoren liegen: mehr Zeit, andere Angebotsformen sowie anderes (pädagogisches) Personal neben den Lehrkräften.

In der Expertise werden folgende Empfehlungen für die Beteiligung junger Menschen in Ganztagschulen ausgesprochen: Mitbestimmung sollte als Schulkultur etabliert werden. Das heißt, eine partizipationsorientierte Grundhaltung muss herausgebildet und Partizipation (auch als eigenes Bildungsziel) explizit ins Schulprogramm aufgenommen werden. Um diese Kultur abzusichern, müssen formalisierte Regeln zur Beteiligung etabliert werden. Darüber hinaus sind Pädagoginnen und Pädagogen Vorbilder schulischer Partizipationsprozesse – eine entsprechende pädagogische Qualifikation muss demnach den Weg bereiten. Nicht zuletzt müssen selbstbestimmte (Frei-)Räume im Ganztagsbetrieb geschaffen werden. Dabei geht es nicht nur um Beteiligung, sondern um Möglichkeiten der Selbstverantwortung und Selbstorganisation.

Die Ganztagschule eröffnet, so die Bilanz von Züchner, Coelen und Wagener, „durch die Notwendigkeit einer konzeptionellen Selbstvergewisserung, durch zusätzliche und potentiell offenere Zeitkontingente, durch das Zusammenspiel von unterschiedlichen Bildungskonzepten, durch das Zusammenwirken verschiedener Professionen und Personen und den Einbezug von Kooperationspartnern – die gerade aus dem außerschulischen Bereich eine starke Partizipationsorientierung in die Schule tragen können – neue Möglichkeiten von Beteiligung und Partizipation in der Schule.“

WERTSCHÄTZUNG NON-FORMALER BILDUNG UND ANERKENNUNG NON-FORMALER KOMPETENZEN

Ausgangspunkt der Überlegungen zur Anerkennung sogenannter non-formaler Kompetenzen ist ein umfassender Bildungsbegriff, der Bildung als Entwicklung der geistigen, kulturellen und lebenspraktischen Fähigkeiten sowie der personalen und sozialen Kompetenzen definiert. Darüber hinaus geht es um Selbstwirksamkeitserfahrungen und eine Feedback-Kultur, zu der auch eine strukturelle Anerkennung von Lernleistungen zählt. Ein solcher Bildungsbegriff umfasst sowohl schulische als auch außerschulische Bildung.

Die Debatte um die stärkere Wertschätzung und Anerkennung außerschulisch erworbener Kompetenzen sollte geordnet werden, damit sinnvolle Schlussfolgerungen und umsetzbare Konsequenzen gezogen werden können. Bislang werden häufig verschiedene Aspekte vermischt, obwohl es um unterschiedliche Adressaten der Wertschätzung geht: Sowohl die individuellen Lernleistungen als auch das nicht formale Lernfeld (u. a. die außerschulische Jugendbildung) sollen gesellschaftlich und politisch anerkannt und aufgewertet werden. Beide Anforderungen erfüllen zu wollen, stellt die Akteure vor ein Dilemma.

VON GEMEINSINN BIS QUERDENKEN: NON-FORMALE KOMPETENZEN ANERKENNEN

Jugendliche fordern häufig, dass es im Lebenslauf einen sichtbaren Platz für außerschulisch – etwa im Rahmen ehrenamtlichen Engagements – erworbene Kompetenzen geben sollte. Die außerschulische Bildung leistet zweifellos einen großen Beitrag zur Entwicklung junger Menschen zu eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten. Die Jugendlichen, die sich am Projekt „Ichmache>Politik“ beteiligt haben, trugen zahlreiche Kompetenzen zusammen, die sie auf außerschulische Bildung zurückführen:

- // Querdenken,
- // Kenntnis und Erweiterung eigener Fähigkeiten, Interessen, Stärken und Grenzen,
- // Eigeninitiative, Selbstwertgefühl, Selbstvertrauen,
- // Umgang mit Frustrationen und Fehlern,
- // Meinungsbildung und Beteiligungskompetenz,
- // Lernen durch Selbermachen und ohne Vorgaben,
- // Kreativität,
- // sprachliche und interkulturelle Kompetenzen.

Dem entgegen wird infrage gestellt, ob sich solche Lern- und Bildungsprozesse tatsächlich oder gar exklusiv einzelnen Lernorten zurechnen lassen. Einvernehmen in der Debatte besteht jedoch mit Blick auf die anregende Wirkung von außerschulischen Bildungsangeboten in bestimmten Kompetenzbereichen.

Bei den Diskussionen über die Anerkennung non-formaler Bildung wird außerdem zu berücksichtigen sein, dass es „die“ außerschulische bzw. non-formale Bildung nicht gibt, sondern dass im Rahmen außerschulischer Bildungsangebote in mehr oder weniger non-formalen Settings auch mehr oder

weniger formale und zertifizierbare Inhalte vermittelt werden. Gut nachweisbar sind Lernleistungen innerhalb von Bildungsprozessen mit einem gewissen Grad an Formalisierung, etwa Schulungen, Trainings, wiederkehrende Aufgaben und Formen der Verantwortungsübernahme.

WERTIGKEIT ERHÖHEN, FREIWILLIGKEIT UND CHANCENGERECHTIGKEIT SICHERN: STANDARDS FÜR NACHWEISVERFAHREN ERÖRTERN

Die konkrete Anerkennung außerschulisch erworbener Kompetenzen etwa durch Arbeitgeber oder durch weiterführende Bildungseinrichtungen setzt nicht nur die Erkenntnis der Wertigkeit solcher Kompetenzen, sondern auch deren Nachweis voraus. Mögliche Wege dahin werden breit und kontrovers diskutiert, unterschiedliche Verfahren befinden sich auf dem Prüfstand – von der einfachen Teilnahmebestätigung über den tätigkeitsbeschreibenden Engagementnachweis und den individualisierten Kompetenznachweis bis hin zum Test- und Assessmentverfahren. Die bereits existierenden Nachweise und Zertifikate spiegeln die Vielfalt der Lernorte und Tätigkeitsbereiche wider, in denen non-formale Bildung stattfindet. Darüber hinaus unterscheiden sie sich hinsichtlich ihrer Anwendungsgebiete: So bestätigen sie z. B. den Abschluss einer Fortbildung, sie beschreiben die individuelle Lerngeschichte in einem klar umgrenzten Projekt oder sie dokumentieren allgemeine Schlüsselkompetenzen. Allen Zertifikaten und Nachweisen gemein ist das Ziel, einen Beitrag zur Stärkung von Jugendlichen für ein selbstbewusstes und eigenverantwortliches Leben zu leisten.

Für eine Zertifizierung außerschulischer Bildung muss die Frage geklärt werden, wer welche Kompetenzen zertifizieren soll und welche Qualifizierung wiederum dafür nötig ist. Die Nachweisverfahren sollten darüber hinaus gemeinsame Qualitätsstandards erfüllen, die es zu benennen gilt – unter anderem Dialogorientierung, Informationswert sowie Durchführung durch eigens geschulte Fachkräfte.

Um zu klären, welche Verfahren sich eignen, muss auch entschieden werden, welche fachlichen Standards einzuhalten sind. Hier diagnostizieren Stephanie Baumbast, Frederike Hoffmann-van de Poll und Christian Lüders in ihrer **Expertise „Non-formale und informelle Lernprozesse in der Kinder- und Jugendarbeit und ihre Nachweise“** ein Dilemma, vor dem insbesondere die Jugendarbeit steht: Je stärker sie die Nachweisverfahren an ihren eigenen fachlichen Standards Subjektorientierung, Freiwilligkeit und Jugendbeteiligung ausrichtet, desto weniger vergleichbar und nachvollziehbar sind die Nachweise für Dritte, also z. B. für Ausbildungsträger und Arbeitgeber. Je stärker sich die Jugendarbeit allerdings standardisierten und formalisierten Verfahren zuwendet, desto

» Fachforum „Jugendwelten zwischen 8 und 16 Uhr. Schule als Lern- und Lebensort“, 25. September 2012 in Köln



mehr unterläuft sie ihre eigene Philosophie. Hinzu kommt, dass der Zusammenhang zwischen Validierungsverfahren und Erfolgsmessung dazu führen könnte, dass in der Jugendarbeit zunehmend auf das fokussiert wird, was mit der Validierung erfasst werden kann (Stichwort: Formalisierung des Non-Formalen). Damit stünde bevor, dass die Inhalte etwa der Jugendarbeit nach und nach an diejenigen messbaren Kompetenzen ausgerichtet werden, die die Chancen Jugendlicher auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt verbessern. Ins Hintertreffen gerieten dann die Bildungserfahrungen im Kontext der Jugendarbeit, die sich mit formalisierten Kriterien nicht abbilden lassen.

Zur Agenda einer Eigenständigen Jugendpolitik muss demnach der notwendige, arbeitsfeldübergreifende Austausch der Akteure des non-formalen Bildungsbereiches zu der Frage gehören, wie die Wertigkeit non-formaler Bildung bei Sicherung von Freiwilligkeit und Chancengerechtigkeit erhöht werden kann. Verständigung wird benötigt hinsichtlich der Funktion und der Inhalte von Validierungsverfahren sowie hinsichtlich gemeinsamer Qualitätsstandards. Diese Verständigung muss nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Erwartungen der Europäischen Union und im Zusammenhang mit der Entwicklung des Deutschen Qualifikationsrahmens gelingen und an den Interessen und Bedürfnissen der Jugendlichen orientiert sein.



ZEIT, RÄUME, MÖGLICHKEITEN:

NEUE FORMEN FÜR ANERKENNUNG FINDEN

Der Vorschlag, Freiräume, Zeit und bessere Rahmenbedingungen für non-formale Bildung als Formen der Wertschätzung und Anerkennung zu verstehen, ist dann gerecht, wenn damit einhergehen soll, dass solche Bildungsangebote für alle Jugendlichen zugänglich sind. Das gilt insbesondere für die Forderung nach konkreten Vorteilen und Unterstützungsleistungen.

Die Umsetzbarkeit der von Jugendlichen im Rahmen von „Ichmache>Politik“ eingebrachten Vorschläge muss gemeinsam mit den zuständigen Ressorts und Ebenen, u.a. mit den für viele Punkte zuständigen Bundesländern, geprüft werden: Über eine 35-Stunden-Woche oder auch einen schulfreien Nachmittag pro Woche für Schülerinnen und Schüler, über verbesserte Möglichkeiten der Freistellung von Auszubildenden, über prüfungsfreie Zeiten für Studierende, über Stipendien und Beitragsnachlässe sowie über Sonderurlaub und steuerliche Vorteile für Ehrenamtliche müssen verschiedenste Partner diskutieren.

IN DIE ÖFFENTLICHKEIT:

BESSER ÜBER AUSSERSCHULISCHE BILDUNG INFORMIEREN

Die Informationen über außerschulische Bildung sind nicht (gut) genug – sowohl für Jugendliche als auch für Dritte. Zur Verbesserung dieser Situation wurden unter anderem bei „Ichmache>Politik“ verschiedene Vorschläge gesammelt, etwa mehr außerschulische Bildungsprojekte mit positiven Inhalten, verstärkte Multiplikation durch Ehemalige und Prominente sowie mehr Lob, Ehrung und Auszeichnungen für außerschulische Leistungen. Solche Maßnahmen sind geeignet, den „Sektor“ außerschulische Bildung zu stärken und das öffentliche Bild von Jugendlichen zu verbessern.

Eine Eigenständige Jugendpolitik muss dazu beitragen, die Kenntnis über den außerschulischen Bildungsbereich zu erhöhen. So könnte ein bundesweiter Ort geschaffen werden, an dem man sich über außerschulische Bildungsangebote und gute Nachweisverfahren informieren kann. Darüber hinaus sollte dafür gesorgt werden, dass etwa Teilnahmebestätigungen oder Engagementnachweise verständlich und damit auch nutzbar werden (siehe S. 61).



ÜBERGANGSGESTALTUNG VON DER SCHULE IN DIE ARBEITSWELT



Trotz einer zunehmenden Vielfalt an Lebenswelten stehen alle Jugendlichen vor vergleichbaren Entwicklungsaufgaben (z. B. Erwerb von Autonomie, Entwicklung eines eigenen Werte- und Normensystems, sexuelle Orientierung) und strukturellen Übergängen (z. B. Schulwechsel, berufliche Ausrichtung, Ausbildungseinstieg). Eine erfolgreiche Bewältigung dieser Übergänge ist wesentlich für ein unabhängiges und selbstbestimmtes Leben.

In den letzten Jahrzehnten haben sich die Konturen der Lebensphase Jugend stark verändert, was zum Teil auch erhebliche Auswirkungen auf die Gestaltung von Übergängen nach sich zieht. Dennoch wird „der Übergang“ nach wie vor an Normalitätsvorstellungen ausgerichtet, die längst nicht mehr zutreffen. Deshalb, aber auch vor dem Hintergrund einer Vielzahl neuer Entfaltungsmöglichkeiten für Jugendliche bei gleichzeitig zunehmender Verunsicherung, ist die Übergangsgestaltung von der Schule in die Arbeitswelt ein zentrales Anwendungsfeld einer Eigenständigen Jugendpolitik. Die Rahmenbedingungen, in denen Jugendliche ihre Biografien gestalten, müssen gemeinsam mit jungen Menschen und Akteuren in ihren sozialen und pädagogischen Kontexten sowie mit Ausbildungsträgern und Arbeitgebern verbessert werden. Ein koordiniertes und stimmiges Gesamtkonzept sollte die Grundlage für eine Eigenständige Jugendpolitik sein, welche sich an den Interessen und Bedürfnissen der Jugendlichen, an ihren Lebenslagen und Lebensverläufen orientiert.

Im Rahmen des Dialogprozesses zur Entwicklung einer Eigenständigen Jugendpolitik wurden verschiedene Herausforderungen und mögliche Maßnahmen zusammengetragen, die im Folgenden in den Themenblöcken „Vorbereitung und Berufsorientierung“, „Schritte beim Übergang“, „Umwege, Brüche und Mobilität“ sowie „Junge Erwachsene“ wiedergegeben werden.

VORBEREITUNG UND BERUFSORIENTIERUNG

Die Phase der Berufsorientierung lässt sich längst nicht mehr an einer klar definierten Altersgruppe Jugendlicher festmachen. Das Ankommen in der Arbeitswelt ist zunehmend nach hinten verschoben, während berufliche Orientierung immer früher gefordert wird. Dabei durchlaufen Jugendliche einen Prozess, der sich in eine erste Orientierungsphase, eine anschließende Entscheidungsphase und schließlich eine Umsetzungsphase einteilen lässt und durch die Interaktion mit verschiedenen Akteuren geprägt ist. Einfluss auf die Berufsorientierung hat meist die direkte soziale Umgebung (Familie und Peers), zudem spielen mediale und schulische Angebote eine Rolle. Hinzu kommen Akteure, die für die Vermittlung in Ausbildung und Arbeit, für Beratung und sozialpädagogische Hilfen beim Übergang zuständig sind und die in verschiedenen Rechtskreisen mit unterschiedlichen Zuständigkeiten und Finanzierungsformen arbeiten. Bislang ist zu beobachten, dass sich die Angebote der Berufsorientierung eher unsystematisch und parallel zueinander entwickeln. Es ist wichtig, die Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit von Jugendlichen für die Prozesse der Berufs- und Lebensorientierung zu stärken, wobei ein Zusammenspiel von professionellem und sozialem Umfeld nötig ist.

GUT BERATEN BEI VIELFÄLTIGEN OPTIONEN: INDIVIDUELLE BERUFSBERATUNG AUSBAUEN, SYSTEMATISIEREN UND VERBESSERN

Jugendliche, die sich bei „Ichmache>Politik“ beteiligt haben, wünschen sich mehr Informationen und besseres Material zur Berufsorientierung. Damit sie alle Optionen und Chancen kennenlernen, die etwa mit einer Berufsausbildung oder einem Studium verbunden sind, muss die Berufsberatung ausgebaut, systematisiert und aufgewertet werden. Dazu gehört auch eine bessere und kontinuierliche Qualifizierung der Berufsberaterinnen und Berufsberater. Die Beratung sollte individuell und umfassend durch spezialisierte Ansprechpersonen erfolgen. Zudem sollte nicht nur arbeitsmarkt- bzw. bedarfsorientierten Angeboten, sondern auch individuellen Kompetenzen und Interessen große Bedeutung beigemessen werden. Auch sollten Berufsaussichten nicht allein auf der Basis von Schulnoten beurteilt werden.

Insbesondere benachteiligte junge Menschen brauchen zweifellos bessere Beratungsangebote. Eine Beratung, die ihnen Aussichten auf die gesamte Ausbildungs- und Arbeitswelt verschaffen kann, muss dabei zuerst einmal spezifischen Angeboten vorgezogen werden, die sich an den Benachteiligungen ausrichten. In den Blick muss zum Beispiel die zu geringe Quote Jugendlicher genommen werden, die aus den Hilfen zur Erziehung heraus (etwa aus der Heimunterbringung) ein Studium aufnehmen.

MEHR BERUFSORIENTIERUNG IN DER SCHULE: KONZEPTE ABSTIMMEN, KOOPERATIONEN STIFTEN, RÄUME SCHAFFEN

Die Angebote und Initiativen, mit denen Schülerinnen und Schüler an die Arbeitswelt herangeführt und auf die Anforderungen in Ausbildung und Erwerbsarbeit vorbereitet werden sollen, variieren stark in Qualität, Intensität, personeller Ausstattung und Laufzeit. Oftmals hängt es vom Zufall und nicht vom Bedarf ab, welche Angebote an welche Schulen gelangen. Insbesondere an Gymnasien und auch in beruflichen Schulen wird die Berufsorientierung und -vorbereitung häufig als mangelhaft wahrgenommen.

Angebote zur Berufsorientierung in Schulen sollten durch abgestimmte Konzepte unterlegt und stabile Kooperationen der unterschiedlichen Akteure (Schule, Jugendhilfe, Agenturen für Arbeit, weiterführende Bildungseinrichtungen, Arbeitswelt) sollten geschaffen werden.

Jugendliche wünschen sich Freistellmöglichkeiten während der Schulzeit, um sich generell mit ihrer Zukunft beschäftigen und beispielsweise Universitäten und Ausbildungsbetriebe besuchen zu können – das belegen Beiträge aus dem Beteiligungsprojekt „Ichmache>Politik“. Aus Sicht der Steuerungsgruppe des Zentrums wäre mit geringerem politischem Aufwand zu erreichen, dass die Ausbildungseinrichtungen ihre Türen für Schülerinnen und Schüler außerhalb der Unterrichtszeit, jedoch im Rahmen von Ganztagsangeboten, öffnen.

Mit Blick auf die tendenzielle Verdichtung des Schulalltags muss die Frage gestellt werden, ob für Erfahrungen, Aktivitäten und Interessen, die letztendlich in eine persönliche Berufsorientierung einfließen, noch genügend Zeit zur Verfügung steht. Schulen können eine wichtige Rolle einnehmen, indem sie

Räume schaffen, die außerhalb der Unterrichtszeit für möglichst dauerhafte Angebote von Vereinen, Jugendverbänden, Trägern oder Unternehmen zur Verfügung stehen. Ansätze für die Kooperation mit der Wirtschaft sind z. B. in Lernpartnerschaften, im Mentoring von Schülerfirmen und in Modellen, in denen etwa Jugendliche Managerinnen und Manager coachen, zu sehen.

Grundsätzlich darf nicht in Vergessenheit geraten, dass die Schulzeit mehr ist als eine Vorbereitung auf die Arbeitswelt und dass das den Schülerinnen und Schülern auch so vermittelt werden sollte. Auch Orientierungsprozesse außerhalb der Schule mit Zeiten und Räumen für eine aktive Freizeitgestaltung, für den Austausch mit Peers sowie für freiwilliges Engagement sind wichtig.

MEHR PRAXIS: KOOPERATIONSRÄUME ERWEITERN UND MEHR PRAKTIKA ERMÖGLICHEN

Jugendliche äußerten bei „Ichmache>Politik“ den Wunsch nach mehr Begegnungen mit Berufspraktikerinnen und Berufspraktikern. Erfahrungen in möglichst verschiedenen Berufsfeldern sammeln zu können, kann für die Jugendlichen in ihrer Orientierungsphase sehr sinnvoll sein. Praktika während der Schulzeit sind eine gute Methode, um Eindrücke aus der Arbeitswelt zu erlangen. Dafür reicht jedoch ein einziges Berufspraktikum im Laufe der Schulzeit nicht aus. Mehr gut begleitete Praktika, Hospitationen und Exkursionen müssen in allen Schulformen ermöglicht werden. Dafür sind Kooperationen von Schule, Arbeitsagenturen, Behörden, Jugendsozialarbeit und Arbeitswelt notwendig. Hier ist nicht nur die freie Wirtschaft gefordert, sondern auch diejenigen Arbeitgeber (z. B. öffentlicher Dienst, Verbände



» Fachforum „Erst mal den Abschluss machen – Und dann? Junge Menschen in Ausbildung und beim Berufseinstieg“, 5. März 2013 in Frankfurt am Main

und Kirchen), die in den Diskussionen zum Übergang junger Menschen in das Berufsleben als Ausbildungsträger und Arbeitgeber bisher meist ausgeklammert werden. In jedem Fall ist wichtig, dass Praktikantinnen und Praktikanten nicht als billige Arbeitskräfte ausgenutzt werden.

Einige Kooperationen zwischen Schulen und Unternehmen haben sich bereits bewährt. Allerdings gibt es große Unterschiede bezüglich der geografi-

schen Umkreise, innerhalb derer sie eingegangen werden. Diese Räume müssen ausgedehnt und auch kleine und mittlere Betriebe müssen einbezogen werden. Da diese Unternehmen oft über weniger Ressourcen für gezielte Nachwuchswerbung verfügen, werden weitere Kooperationspartner benötigt, die über ihre Infrastruktur die Hürden für Kooperationen senken können.

GEMEINSAM AUF DEM WEG:

ALTERSGERECHTE PEER-INVOLVEMENT-ANSÄTZE ANWENDEN

Es ist eine wichtige Entwicklungsaufgabe junger Menschen, sich im Jugendalter von der Kernfamilie zu lösen; Freunde und Gleichaltrige werden zu einer zunehmend wichtigen Referenzgruppe. Für die Entwicklung von Werten, Normen und Verhaltensweisen sind Peers hoch bedeutsam, da sie vielfältige Lern-, Erfahrungs- und Experimentierchancen bieten. Das Agieren auf Augenhöhe eröffnet ihnen die Möglichkeit, einander bei der Bewältigung von Übergängen mit den damit verbundenen Höhen und Tiefen besonders gut unterstützen zu können.

Sarah Beierle hat im Auftrag des Zentrums Eigenständige Jugendpolitik die **Expertise „Die Rolle von Peers, Neuen Medien und Online-Communitys bei der Berufsorientierung“** verfasst. Sie stellte fest, dass sich der Einfluss Gleichaltriger auf die berufliche Orientierung im Laufe des Gesamtprozesses wandelt. Über Berufe und Zukunftspläne wird zwar im Freundeskreis gesprochen, insbesondere zu Beginn des beruflichen Orientierungsprozesses ist es aber nur eines von vielen Themen. In dem Maße, in dem die Berufswahl als ein aktuelles, persönlich relevantes Thema angesehen wird, wird Freundinnen, Freunden und Gleichaltrigen eine zunehmend bedeutsame und unterstützende Rolle zugeschrieben. Insbesondere wenn gemeinsam Hürden im (Aus-)Bildungsprozess überwunden werden müssen, berichten Jugendliche aus der Retrospektive häufig von gleichaltrigen Helferinnen und Helfern, die sie auf dem Weg beeinflusst haben. Das persönliche Peer-Umfeld kann auch einen gewissen Gegenpol zu anderen Faktoren bilden: Eltern und nahe Verwandte sowie Lehrkräfte werden mitunter als invasiv wahrgenommen.

Die wichtigen Funktionen, die Jugendliche bei der Berufs- und Lebensorientierung füreinander ausfüllen, spielen für die Akteure des Übergangs bislang noch eine untergeordnete Rolle. Projekte, die Peers in die Berufsorientierung einbinden, lassen sich unterscheiden in zeitlich relativ kurze Informationsveranstaltungen, in längerfristig angelegte Mentoren- und Patenprogramme und in Projekte, bei denen durch gemeinsame Aktivitäten Berufsorientierung quasi nebenbei geschehen soll. Die sogenannten Peer-Involvement-Ansätze unterscheiden sich zwar klar von formalem schulischem Lernen, häufig finden die Projekte aber direkt an Schulen statt und zielen auf einen individuellen Kompetenzzuwachs ab.

Insbesondere für jüngere Jugendliche sollten Projekte unterstützt werden, die primär auf die allgemeine Interessensfindung und die Ausbildung von Sozialkompetenzen sowie die Reflexion eigener Fertigkeiten abzielen. Erst bei vorangeschrittenem Orientierungsprozess sollten die Angebote dann auf die konkrete Berufsorientierung ausgerichtet werden.

Es ist wichtig, dass entsprechende Projekte freiwillig sind; Peer-Beziehungen dürfen nicht verzweckt werden. Insbesondere Patenprojekte sind zudem auf eine langfristige und verlässliche Umsetzung angewiesen, auch eine lebendige Alumni-Kultur kann förderlich sein.

Um zu weiterführenden Erkenntnissen hinsichtlich geeigneter Projektkonzeptionen zu gelangen, müssen Peer-Projekte in stärkerem Ausmaß als bisher wissenschaftlich begleitet und evaluiert werden. Die erzielten Wirkungen sind dabei auch mit Blick auf die Erwartungen von Jugendlichen zu bewerten.

UNMITTELBAR, AUTHENTISCH, ZUTREFFEND:

ONLINE-ANGEBOTE ZUR BERUFSORIENTIERUNG WEITERENTWICKELN

Da das Internet längst Teil des Alltagslebens junger Menschen geworden ist, werden seitens professioneller Akteure der Berufsorientierung viele Hoffnungen in partizipative und informierende Online-Angebote gesetzt. Auch das Thema Peer-Involvement scheint sich in diesem Kontext gut verknüpfen zu lassen: Jugendliche Mentorinnen und Mentoren könnten anderen Jugendlichen die Online-Angebote zur Berufsorientierung näherbringen.

Bei der Onlinesuche nach ausbildungs- und berufsrelevanten Informationen steht sich das „Medium der unbegrenzten Möglichkeiten“ insofern selbst im Weg, als dass für die Nutzerinnen und Nutzer die Fülle aus wichtigen, nützlichen und unwichtigen oder gar falschen Informationen schwer zu durchschauen ist. Einschlägige Online-Portale zum Übergang Schule–Beruf zu finden, gestaltet sich mit den üblichen Suchmaschinen als äußerst schwierig, so Sarah Beierle in ihrer **Expertise „Die Rolle von Peers, Neuen Medien und Online-Communitys bei der Berufsorientierung“**. Die vorhandenen Portale lassen sich unterteilen in Angebote der Bundesagentur für Arbeit (z. B. *planet-beruf.de, abi.de, berufenet.de, berufe.tv*), Angebote von Institutionen und Wohlfahrtsverbänden (z. B. *beroobi.de, draufhaber.tv, mein-planb.de*) und solche von Privatbietern (z. B. *azubi.net, azubister.de, yousty.de*). Unter Jugendlichen bekannt sind fast ausschließlich die Angebote der Bundesagentur für Arbeit, wirklich interaktive Angebote sind kaum auffindbar und wenig frequentiert, eingestellte Berufs-Videos mit Jugendlichen werden als wenig authentisch bewertet und Antworten auf eingesandte Fragen lassen zu lange auf sich warten. Berufsbezogene

Angebote in Online-Communitys wie Facebook werden von den Jugendlichen abgelehnt, weil sie diesen Raum nicht verweckt sehen wollen.

Bei der Etablierung von Onlineportalen zur beruflichen Orientierung muss es darum gehen, die Bedürfnisse von jungen Menschen in ihren Orientierungsprozessen zu treffen und alle Jugendlichen zu erreichen. Unmittelbarkeit, Authentizität und abgesicherte Informationen sollten hierbei im Fokus stehen. Insbesondere für Jugendliche, die sich am Beginn ihrer beruflichen Orientierung befinden, wären interaktive Beteiligungsmöglichkeiten wünschenswert. Erste Ansätze solcher Verknüpfungen beruflicher Orientierung mit neuen Medien gibt es bereits, allerdings sind sie oftmals nur durch eine kurzfristige Förderung abgesichert. Die Qualität steigt, wenn Inhalte aktuell gehalten werden können und der gegenseitige Austausch unter den Jugendlichen durch einen hohen Bekanntheitsgrad wirklich interessant wird.

Junge Menschen, deren beruflicher Orientierungsprozess bereits vorangeschritten ist, nutzen das Internet verstärkt auch dazu, zielgerichtet Informationen einzuholen. Denkbar wäre entsprechend ein Chat, auf dem Jugendliche ausgebildeten Online-Mentorinnen und -Mentoren konkrete, persönliche Fragen zu Berufen und Qualifikationswegen stellen könnten, welche unmittelbar beantwortet würden. Um die Angebote erreichbarer und attraktiver zu machen, bedarf es neuer methodischer Ansätze. Ein möglicher Ansatzpunkt wäre die anonymisierte Analyse von Internetchroniken, z. B. im Berufsinformationszentrum, um Einsichten zu erhalten, wie Jugendliche im Internet zu Berufsorientierung recherchieren.



» Fachforum „Unterstützen. Befähigen. Beteiligen. Begleiten. Junge Menschen in Übergängen“, 18. Februar 2014 in Halle (Saale)

SCHRITTE BEIM ÜBERGANG

Mit dem Verlassen der Schule gehen junge Menschen in eine besondere Lebensphase über, in der nicht nur strukturelle Schwellen (von der Schule in die Ausbildung), sondern auch persönliche Übergänge zu bewältigen sind: Junge Erwachsene verlassen das Elternhaus, sie pflegen Freundschaften unabhängig vom strukturellen Rahmen der Schule, sie stabilisieren Partnerschaften, gründen eventuell eigene Familien. Zwischen diesen strukturellen und persönlichen Übergängen bestehen Wechselwirkungen, die unbedingt zu berücksichtigen sind – etwa, wenn es um die Vereinbarkeit der Anforderungen bei Ausbildung und Berufseinstieg mit den Bedürfnissen junger Menschen in dieser Lebensphase geht.

CHANCENGERECHTIGKEIT AUCH NACH DER SCHULE: IN ALLEN REGIONEN AUSBILDEN

Trotz des vor allem demografisch bedingten Rückgangs der Ausbildungsnachfrage und eines regional festzustellenden Überhangs an Ausbildungsplätzen besteht weiterhin eine Reihe von Problemen, derer sich die Jugendpolitik annehmen sollte.

Welche Möglichkeiten sich nach einem Schulabschluss auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt ergeben, variiert in Deutschland sehr stark nach Wohnort. Die größten Übergangsschwierigkeiten sind in den westlichen Flächenländern zu beobachten, wo die Hälfte der Jugendlichen mit Hauptschulabschluss und ein Fünftel der Abschlussjahrgänge mit mittlerer

Reife im sogenannten Übergangssystem aufgenommen werden. In östlichen Flächenländern, wo dieses Problem weit weniger auftritt, wechselt generell ein größerer Anteil Jugendlicher in die schulische Berufsausbildung. Ob sich dieses Modell übertragen und langfristig zur Schaffung von besseren Perspektiven nutzen lässt, muss genauer geprüft werden.

Insgesamt nimmt die Nachfrage nach dualen Ausbildungen seit einigen Jahren stetig ab. Teilweise wird diese Veränderung der demografischen Entwicklung zugeschrieben, wobei der Geburtenrückgang in Ostdeutschland früher eingesetzt und sich die Geburtenrate dort inzwischen – wenn auch auf niedrigerem Niveau – stabilisiert hat. Daher wird davon ausgegangen, dass die für Ausbildungsfragen relevante Generation Ostdeutschlands die Umstellung des demografischen Wandels bereits durchlaufen hat, während sich in Westdeutschland die Veränderungen seit 2012 verstärkt bemerkbar machen. Andererseits sind Wanderungsbewegungen, die Entwicklung von Abschlussjahrgängen der Schulen (und die eventuell verbliebene Nachfrage vorangegangener Jahrgänge), die Attraktivität bestimmter Branchen sowie das grundsätzliche Interesse an Berufsausbildungen wichtige Faktoren für die Ausbildungsnachfrage. Immer häufiger werden Passungsprobleme beobachtet: Große und mittelständische Unternehmen in Westdeutschland finden sich häufiger mit einem Überhang an Bewerberinnen und Bewerbern konfrontiert, während es in westdeutschen Bezirken mit hoher Dynamik und guter Arbeitsmarktlage sowie in ostdeutschen Bezirken mit hoher Arbeitslosigkeit und Trend zur Abwanderung zu Bewerbungsengpässen kommt.

Auch wenn die Aussichten für Erhalt und Ausbau von Ausbildungsplätzen in bestimmten Regionen und insbesondere in neuen Wachstumsfeldern (Stichwort: Industrie 4.0) derzeit relativ gut sind, muss geprüft werden, ob weitere Ausbildungsplätze im dualen und schulischen Berufsausbildungssystem geschaffen werden können. Immer wieder gefordert wird eine Ausbildungsgarantie, um effektivere und schnellere Übergänge, insbesondere für Marktbenachteiligte, zu ermöglichen.

NON-FORMALE BRÜCKEN: AUSSERSCHULISCHE KOMPETENZEN FÜR ÜBERGÄNGE NUTZBAR MACHEN

Non-formale Bildungsangebote haben zweifellos eine große Bedeutung für die Interessensfindung, die persönliche Entwicklung, den Kompetenzerwerb und die gesellschaftliche Integration von jungen Menschen. Sie sind theoretisch offen für alle und vermitteln ein breites Spektrum an Fähigkeiten und Kenntnissen. Junge Menschen können durch die Teilnahme an non-formalen Bildungsmaßnahmen eine Stärkung des Selbstwertgefühls erfahren und neue Perspektiven für ihre persönliche und berufliche Entwicklung gewinnen.

Kompetenzen, die im non-formalen Bildungsbereich erworben werden, können für die individuelle berufliche Orientierung relevant sein und zur Beschäftigungsfähigkeit Jugendlicher beitragen (siehe S. 48 ff.). Ausbildungsträger und Arbeitgeber sollten die non-formale Bildung auch aus der Perspektive der Corporate Social Responsibility bei Bewerbungsverfahren stärker berücksichtigen und die aus ihrer Sicht nötigen Kompetenzen definieren.



» Fachforum „Erst mal den Abschluss machen – Und dann? Junge Menschen in Ausbildung und beim Berufseinstieg“, 5. März 2013 in Frankfurt am Main



HÖHERE STANDARDS: AUSBILDUNGSQUALITÄT UND -BEDINGUNGEN VERBESSERN

Die Attraktivität bestimmter Ausbildungswege kann durch eine Anhebung der Ausbildungsqualität und der Ausbildungsbedingungen gesteigert werden. Hierfür hat die Expertengruppe „Übergangsgestaltung von der Schule in die Arbeitswelt“ unter dem Dach des Zentrums Eigenständige Jugendpolitik Handlungsempfehlungen vorgelegt.

Um faire Rahmenbedingungen abzusichern und missbräuchliche Ausbildungsverhältnisse zu verhindern, sollten demnach gesetzliche Mindeststandards in der Ausbildung stärker auf ihre Einhaltung überprüft werden. Auch die Beratung und die Anleitung betroffener Ausbildungsbetriebe und -stellen durch die zuständigen Stellen sollten verbessert werden. Bei wiederholten Auffälligkeiten in bestimmten Ausbildungsstellen sollten klare Verfahren greifen (z. B. ein festgelegtes Case-Management durch die zuständigen Stellen).

Darüber hinaus wurden im Dialogprozess zur Eigenständigen Jugendpolitik höhere Standards für die Ausbildeignung und eine dauerhafte Qualifizierung von betrieblichen und berufsschulischen Ausbilderinnen und Ausbildern gefordert. Denkbar ist etwa, Weiterbildungsverpflichtungen an Ausbildungsberechtigungen zu knüpfen.

Auf den Prüfstand gehört auch das Verhältnis zwischen Berufsschulen und Ausbildungsbetrieben. Kooperationen mit sozialen Diensten, Konfliktmanagement und der Diversity-Ansatz sollten zum Standard gehören. Immer wieder eingefordert wird außerdem eine Durchlässigkeit der Ausbildung und eine Konzentration auf anschlussfähige Kernberufe.

Eigenständige Jugendpolitik sollte Anstöße geben, Ausbildungsqualität und Ausbildungsbedingungen im Interesse junger Menschen zu verbessern. Dafür sollten Kooperationen angeregt werden und betriebliche Vereinbarungen, Verträge von Tarifparteien und Ausbildungspakte sollten die Bedingungen für eine gute Ausbildung definieren.



» Zwischenbilanztagung „Auf dem Weg zu einer Allianz für Jugend“,
24./25. April 2013 in Berlin

OHNE ABSCHLUSS IST NICHT GLEICH UNGELERNT: AUSBILDUNGSMODELLE WEITERENTWICKELN

Alternative Ausbildungsmodelle können unter bestimmten Voraussetzungen einen realistischen Anschluss zur Arbeitswelt schaffen. Kontrovers diskutiert wird die Forderung nach praktisch orientierten Abschlüssen für junge Menschen, die am theoretischen Teil der dualen Berufsausbildung scheitern: Sie gelten bislang als ungelernt, obwohl sie zum Teil hervorragende praktische Fähigkeiten erworben haben. Nicht selten ist der Misserfolg im theoretischen Teil auch auf mangelnde (fach-)sprachliche Kenntnisse (insbesondere bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund) zurückzuführen. Der Erwerb von Teilabschlüssen könnte – zusammen mit entsprechenden Stellenangeboten – solche Situationen besser berücksichtigen. Allerdings können Modularisierung und Teilabschlüsse keinesfalls gleichwertige Alternativen für eine Ausbildung darstellen.

MIT BERUFSABSCHLUSS AN DIE UNI: DURCHLÄSSIGKEIT ZUR HOCHSCHULE VERBESSERN

Die Debatte um die Durchlässigkeit von der beruflichen Bildung zur Hochschule hat bereits Maßnahmen zur Öffnung der Hochschule für Absolventen und Absolventinnen von Berufsausbildungsgängen befördert. Effektiv bleibt die Anzahl derer, die über Begabtenprüfungen oder die Anerkennung beruflicher Qualifikationen ein Studium aufnehmen, aber relativ gering. Beschleunigte und transparente Zulassungsverfahren können den Übergang ebenso erleichtern wie eine bessere Information und Beratung von Lehrerinnen und Lehrern durch die Hochschule und ein verbessertes Übergangsmanagement.

UMWEGE, BRÜCHE, MOBILITÄT

Lebenswege verlaufen unterschiedlich und werden von vielen Faktoren bestimmt. Aus einer Vielzahl von Gründen kommt es immer wieder – beabsichtigt oder ungewollt – zu Umwegen, Unterbrechungen, Brüchen, Aus- oder Wartezeiten.

Diese Abweichungen von linearen Lebenswegen müssen differenziert betrachtet werden. Sie können ein Problem darstellen, beispielsweise wenn sie in Arbeitslosigkeit münden. Umwege können jedoch auch die Erfahrungen der jungen Menschen steigern und ihnen die ggf. nötige Zeit zur Orientierung ermöglichen, sodass ein Wechsel gelingt.

ERST MAL DEN ABSCHLUSS MACHEN: ÜBERNAHMEN FÖRDERN, ABBRÜCHE VERHINDERN

Probleme im Verlauf der Ausbildung können zu einem Abbruch oder einer Unterbrechung der Ausbildung führen. Die Zahl der Abbrecherinnen und Abbrecher in Deutschland, die letztendlich ohne jeden beruflichen oder akademischen Abschluss verbleiben, ist in den letzten Jahren leicht gestiegen. Derzeit sind laut Bundesinstitut für Berufsbildung ca. 17 Prozent der 20- bis 29-Jährigen ohne Ausbildungsabschluss.

Ursachen für Ausbildungsabbrüche lassen sich häufig dort finden, wo Jugendliche einer großen Berufsvielfalt schlecht informiert begegnen, (Berufs-) Wünsche bei der Ausbildungsvermittlung vernachlässigt werden, Berufe und Arbeitsbereiche als unattraktiv empfunden werden, Ausbildungsvergütungen sehr gering sind oder es an Vorbildern und Unterstützung mangelt. Nach 24 Monaten werden

Ausbildungsverträge mit Jugendlichen ohne Hauptschulabschluss zu fast 30 Prozent und damit nahezu dreimal häufiger als Verträge mit Hochschulzugangsberechtigten (11,4 Prozent) gelöst. Häufungen der Ausbildungsabbrüche gibt es in den Ernährungsberufen, dem Hotel- und Gaststättengewerbe, dem Einzelhandel sowie in bestimmten handwerklichen Berufen.

Zwar muss eine Vertragslösung nicht zwangsläufig mit einem Totalabbruch gleichgesetzt werden, doch ist eine pädagogisch kompetente Begleitung in vielen Fällen dringend notwendig. Die „assistierte Ausbildung“ (Modellversuch des Bundesinstituts für Berufsbildung) bietet sozialpädagogische Unterstützung im Bedarfsfall und deckt die Gesamtzeit der Ausbildung ab. Solche Unterstützungsleistungen für auszubildende Unternehmen sind jedoch selbst projekthaft, der Zugang insbesondere für kleine Unternehmen oftmals sehr erschwert, der häufige Wechsel von Akteuren üblich. „Assistierte Ausbildungen“ sollten neben den „ausbildungsbegleitenden Hilfen“ der Bundesagentur für Arbeit in die dauerhafte Angebotspalette für junge Menschen und Ausbildungsbetriebe aufgenommen werden. Insgesamt ist ein Ausbau der Unterstützungsleistungen für Betriebe vonnöten, die benachteiligte Jugendliche ausbilden wollen. Viele Unternehmen und auch Jugendliche kennen ihre Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner nicht – hier besteht Nachholbedarf.

Die Ausbildungsbegleitung könnte über Kooperationen stärker verbreitet werden, wenn die Frage der Ressourcen, der politischen Zuständigkeit und der

Umsetzbarkeit einer flächendeckenden Einführung geklärt werden. Vor diesem Hintergrund sowie in Bezug auf eine weiträumige Einführung von Berufseinstiegsbegleitung sind belastbare Evaluierungen notwendig, um die verschiedenen Modelle weiterentwickeln zu können.

Zum Vorgehen gegen Ausbildungsabbrüche ist es darüber hinaus nötig, dass die Kammern auch ohne Hinweise kontrollieren. Sie werden bislang nur bei Beschwerden tätig, haben aber alle Daten, um auch pro-aktiv zu werden. Die Erfahrung zeigt, dass sich viele Auszubildende (aus Unkenntnis oder auch aus Furcht) nicht bei den zuständigen Stellen über Missstände beschweren, sondern häufig eher den Ausbildungsabbruch in Kauf nehmen.

Gemeinsam mit Jugendlichen und Ausbildungsträgern müssen Strategien entwickelt werden, gegen Ausbildungsabbrüche aktiv zu werden und die wichtige Rolle von Ausbilderinnen und Ausbildern für die Persönlichkeitsentwicklung der jungen Menschen bewusst zu machen. Unternehmen und Verwaltungen sollten Auszubildende, die ihre Ausbildung erfolgreich abgeschlossen haben, gerade im Hinblick auf den zukünftigen Fachkräftemangel im eigenen Interesse unbefristet übernehmen.

WEITERENTWICKLUNG DES ÜBERGANGSBEREICHS: MASSNAHMENWIRRWARR DURCH KOORDINIERTES FÖRDERSYSTEM ERSETZEN

Trotz der demografischen Entwicklung und der Tatsache, dass immer mehr Ausbildungsplätze zur Verfügung stehen, bleibt das sogenannte Übergangssystem mit seinen verschiedenen Berufsvorbereitungsmaßnahmen bestehen. Obwohl sich die Zahl derer, die im Übergangssystem aufgenommen wurden, von 2005 bis 2013 um 160.000 bzw. 38,3 Prozent auf 257.600 reduziert haben, gibt es immer noch zu viele Jugendliche, die nicht unmittelbar in eine

Ausbildung einsteigen können. Da gleichzeitig Ausbildungsplätze unbesetzt bleiben, gibt es offensichtlich ein Passungsproblem.

Im Übergangsbereich gibt es auf Bund- und Länderebene sehr unterschiedliche Zugänge mit zahlreichen Akteuren und Förderinstrumenten. Das Bundesinstitut für Berufsbildung hat im Jahr 2009 allein 193 unterschiedliche relevante Programme verzeichnet. Es ist schwierig, nicht den Überblick zu verlieren bei der Menge an Maßnahmen, Modellen und gesetzlichen Regelungen in unterschiedlicher Verantwortung. Je nach Ausgangslage sind die Agenturen für Arbeit (Bund) oder die Kommunen und die Landkreise bzw. kreisfreien Städte zuständig. Das führt in einigen Fällen dazu, dass sich um die berufliche Integration einzelner Jugendlicher drei verschiedene Institutionen (Jobcenter, Agentur für Arbeit, Jugendhilfe), auf drei verschiedenen staatlichen Ebenen mit unterschiedlichem gesetzlichem Auftrag kümmern. Die aktuelle Gesetzeslage ermöglicht zwar bereits die Zusammenarbeit der verschiedenen Rechtskreise am Übergang von der Schule in den Beruf. Im Endeffekt ist aber bei der praktischen Umsetzung entscheidend, ob diese Angebote zielführend aufeinander abgestimmt sind. Maßgeblich ist immer auch das individuelle Engagement der Akteure vor Ort.

Aufgrund dieser unbefriedigenden Situation müssen kommunale Strategien für Beratungsleistungen unter einem Dach greifen. Benötigt werden außerdem kooperative, systemübergreifende Finanzierungsinstrumente und eine integrierte Planung, welche die Daten und Informationen der unterschiedlichen Systeme regional zusammenführt. Die Expertengruppe „Übergangsgestaltung von der Schule in die Arbeitswelt“ unter dem Dach des Zentrums Eigenständige Jugendpolitik empfiehlt darüber hinaus einen eigenen Rechtskreis, der eine verpflichtende, planmäßige und strukturierte Zusammenarbeit der jeweils aufnehmenden und abgebenden Systeme vorsieht.

» Zwischenbilanztagung „Auf dem Weg zu einer Allianz für Jugend“,
24./25. April 2013 in Berlin



Zu betonen ist die Notwendigkeit, fachliche Standards und Prämissen der Betreuungskontinuität bei der Unterstützung benachteiligter Jugendlicher einzuhalten. Dazu muss konkret auch die Ausschreibungspraxis im Feld der Jugendberufshilfe überdacht werden. Grundsätzlich ist wichtig, dass die im Übergangsbereich erworbenen Kenntnisse attraktiv und anschlussfähig sind. Die von Jugendlichen im Rahmen von „Ichmache>Politik“ geforderten „echten Ausbildungsjahre“ würden jedoch das Risiko bergen, dass das Übergangssystem zu einer Art Ersatzausbildungssystem für Jugendliche mit besonderem Förderbedarf wird. Die Anstrengungen sollten vielmehr dahin gehen, junge Menschen aus dem Übergangssystem direkt in eine reguläre Ausbildung zu vermitteln, statt ein ausbildungsähnliches Parallelsystem zu schaffen, das in der Arbeitswelt – und auch bei den Jugendlichen selbst – nicht gleichermaßen anerkannt ist.

Das Übergangssystem sollte ausschließlich den jungen Menschen dienen, die beispielsweise aufgrund vorzeitiger Schulabgänge schlecht erreicht werden, sowie denen, die noch nicht bereit für eine Ausbildung sind und weitere Orientierungsangebote benötigen. Eine Stigmatisierung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Übergangsmaßnahmen sollte verhindert werden, indem z. B. die positiven Leistungen dieser Maßnahmen besser hervorgehoben werden: Entgegen seinem negativen Image eröffnet das Übergangssystem häufig reelle Möglichkeiten zur Weiterentwicklung. Fünf Jahre nach den Maßnahmen gehen immerhin 57 Prozent der jungen Erwachsenen, die in diesem System ihre Berufsvorbereitung durchlaufen haben, einer qualifizierten Erwerbsarbeit nach.

Ein koordiniertes und integriertes Fördersystem erfordert es, dass bislang übliche Kompetenzabgrenzungen aufgeweicht werden, wie beispielsweise die, dass Betriebe nur für praktische Ausbildung, Berufsschulen für theoretischen Unterricht und

Jugendhilfeorganisationen für sozialpädagogische Betreuung zuständig sind. Es muss darauf hingearbeitet werden, dass die unterschiedlichen Fachkompetenzen optimal zusammenwirken.

Eine Eigenständige Jugendpolitik sollte sicherstellen, dass die erforderlichen fachlichen, personellen und materiellen Ressourcen für eine solche integrierte Fördersystematik bereitgestellt werden. Hierzu zählt beispielsweise auch die Vermittlung sozialpädagogischer und psychologisch-diagnostischer Inhalte in Hochschulen und Weiterbildungen. Ebenso gilt es, die materielle Unterstützung zu verstetigen, um die personelle Kontinuität in Bildungs- und Betreuungsverhältnissen der Übergangsmaßnahmen sicherzustellen, die für die wichtigen Vertrauensbeziehungen zwischen Jugendlichen und Lehrkräften in dieser besonderen Situation unabdingbar ist.

UMWEGE UND ZWISCHENSCHRITTE GEHÖREN DAZU:

AUSZEITEN FÜR ALLE NUTZBAR MACHEN

Das Bedürfnis der Jugendlichen, Umwege zu gehen bzw. sich Auszeiten zu nehmen, ist unterschiedlich ausgeprägt. Für viele Jugendliche in einer befristeten Tätigkeit, in Leiharbeit oder Minijobs ist es laut Gewerkschaften von zentraler Bedeutung, in ein Normalarbeitsverhältnis zu kommen – Umwege oder Auszeiten zur Weiterbildung sind demgegenüber sekundär. Bei Jugendlichen in „normalen“ Ausbildungs- oder Arbeitsverhältnissen und insbesondere bei (angehenden) Studierenden spielen solche Zeiten hingegen durchaus eine große Rolle. Die üblichen Umwege und Zwischenschritte vor dem Studium und währenddessen (z. B. Freiwilligendienst, Auslandssemester, fachfremde Lehrveranstaltungen) werden tendenziell positiv bewertet.

Mit Blick auf solche Auszeiten ist eine neue Dimension sozialer Ungleichheit festzustellen: Jugendliche, die es sich aufgrund ressourcenstarker Elternhäuser

leisten können, einen Freiwilligendienst, ein Praktikum oder einen Auslandsaufenthalt anzugehen, werden als Bildungsbiografieverzögerer bezeichnet. Für die sogenannten Bildungsbiografiebeschleuniger gilt das Gegenteil. Sie müssen aufgrund begrenzter Ressourcen sowohl Ausbildung als auch Studium möglichst schnell hinter sich bringen, um dann eine Erwerbstätigkeit aufnehmen zu können. Eine dritte Gruppe ist die der Bildungsbiografieverlierer, die insgesamt sehr geringe Chancen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt haben. Ein Viertel der Hauptschülerinnen und Hauptschüler beispielsweise mündet in prekäre und problematische Übergangswege ein. Sie haben es auch sechs Jahre nach Beendigung der Schule nicht geschafft, eine Ausbildung abzuschließen oder einer Erwerbsarbeit nachzugehen.

Jugendlichen steht also unterschiedlich viel Zeit für die Gestaltung von Übergängen in Berufsausbildung und Studium zur Verfügung. In Abhängigkeit ihres jeweiligen sozioökonomischen Hintergrundes können sich Jugendliche in sehr unterschiedlichem Maße bewusste Auszeiten nehmen bzw. entschleunigte Wege zwischen verschiedenen Bildungseinrichtungen leisten. Diese Zeiten bieten aber jungen Menschen die wichtige Möglichkeit des Innehaltens und Nachdenkens, der Stärkung des Selbstwertgefühls, der Erholung und/oder der Erweiterung persönlicher Perspektiven. Daher gilt es, bedarfsgerechte Zeitkontingente für die Gestaltung von Übergängen zur Verfügung zu stellen, indem zum Beispiel finanzielle und bürokratische Zugangshürden beseitigt werden.

Unter dem Stichwort „Umwege“ wurden in den Diskussionen über eine Eigenständige Jugendpolitik auch ganz grundsätzlich Abweichungen von den sogenannten „Normalbiografien“ verstanden. Im Rahmen von „Ichmache>Politik“ wurden besonders

Ausbildungsabbrüche bzw. -wechsel, Mehrfachausbildungen, Arbeitslosigkeit sowie Jobs, die nicht der gewählten Ausbildung entsprechen, aufgeführt. Aus der Perspektive junger Menschen braucht es generell eine größere Offenheit gegenüber individuellen Lebenswegen und eine Unterstützung bei Umwegen.

MEHR MOBILITÄT: LERNERFAHRUNGEN IM AUSLAND FÜR ALLE ZUGÄNGLICH MACHEN

Zum Erfahrungsaustausch und zur persönlichen Entwicklung junger Menschen können Austauschprogramme und Auslandsaufenthalte einen wichtigen Beitrag leisten. Sie bieten in den jeweiligen Entwicklungsphasen konkrete Angebote für die Bewältigung von Übergängen. Lernerfahrungen im Ausland werden als Bereicherung erlebt und können in schwierigen Zeiten Lebenswege positiv beeinflussen. Das bestätigen Ergebnisse aus dem Jugendbeteiligungsprojekt „Ichmache>Politik“.

Immer wieder wird die Forderung erhoben, dass – unter dem Leitprinzip der Freiwilligkeit – alle jungen Menschen die Chance auf Lernerfahrungen im Ausland erhalten sollten. Der gewünschte Auslandsaufenthalt eines jungen Menschen sollte nicht daran scheitern, dass die Existenzsicherung nicht aufrechterhalten werden kann. Doch auch die Verdichtung von Schule und Ausbildung/Studium kann ein Hindernis für Lernerfahrungen im Ausland darstellen.

Notwendig ist eine Ausweitung, Verbesserung und Vernetzung der Informations- und Beratungsangebote zu Mobilitätschancen. Hier geht es insbesondere um eine spezifische Zielgruppenansprache und die Motivation bildungsbenachteiligter Jugendlicher und junger Erwachsener für in Frage kommende Angebote.

Darüber hinaus brauchen die Akteure der Übergangsgestaltung sowie die Organisatorinnen und Organisatoren und Führungskräfte von grenzüberschreitenden Mobilitätsprojekten gezielte Qualifizierung, um eine hochwertige Information, Beratung und Durchführung von Mobilitätsprogrammen zu gewährleisten.

Vor allem Mobilitätsprojekte in Zusammenarbeit von außerschulischen Trägern (auch der Jugendsozialarbeit) und Schulen müssen gefördert werden. Um auch benachteiligte Jugendliche zu erreichen, werden zielgruppenspezifische Mobilitätsprogramme gebraucht, die Anreize und Rahmenbedingungen schaffen (z. B. Stipendien). Es besteht außerdem ein Bedarf an speziellen Programmen für die Mobilität von Minderjährigen.

Bislang mangelhaft ist die Kompatibilität verschiedener Förderinstrumente und -programme. Darüber hinaus gibt es weitere spezifische Mobilitätshindernisse und Zugangsbenachteiligungen (z. B. durch das Aufenthaltsrecht, versicherungsrelevante Aspekte und andere Rechtsvorschriften und Richtlinien), die

abgebaut werden müssen. Geeignete Maßnahmen sind z. B. kostenfreie Visa, die vereinfachte Anerkennung von im Ausland erworbenen Leistungen seitens der Bildungseinrichtungen sowie die Erleichterung von Mobilitätsphasen während des Bachelorstudiums.

Darüber hinaus ist der Erfolgs- und Gelingensdruck bei Auslandsaufenthalten extrem hoch; dabei kann ein solches Erlebnis für Jugendliche auch frustrierend sein oder scheitern. Um dem zu begegnen, sollten junge Menschen nicht nur im Vorfeld ihres Auslandsaufenthalts, sondern auch währenddessen und nach der Rückkehr unterstützt werden.

Nicht zuletzt bedarf es einer wirksamen Anerkennung der Lernleistungen und Kompetenzen, die im Rahmen von Mobilitätsprogrammen erbracht und erworben werden, und einer Bekanntmachung aller geeigneten internationalen Nachweissysteme bei Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern. Auch die Jugendlichen, die an einem internationalen Austausch teilnehmen, müssen über die entsprechenden Nachweissysteme informiert werden und auf Wunsch einen solchen Nachweis erhalten.

JUNGE ERWACHSENE

Eine Eigenständige Jugendpolitik muss sich von der üblichen schematischen Trennung zwischen der Jugendphase und dem jungen Erwachsenenalter befreien. Zahlreiche jugendpolitisch relevante Übergänge und Herausforderungen sind jenseits der früheren Altersgrenzen zu bewältigen und können von unterschiedlicher Dauer sein: So liegt das Durchschnittsalter beim Eintritt in eine vollqualifizierende Ausbildung derzeit bei 19,5 Jahren, also bereits in der Volljährigkeit. Junge Erwachsene befinden sich überdurchschnittlich oft in prekären und atypischen Arbeitsverhältnissen, während sie gleichzeitig eine Vielzahl an Orientierungsprozessen und persönlichen Entwicklungen meistern müssen (z.B. Wohnortwechsel und Wohnungssuche,

Familiengründung usw.). Dies ist nicht selten mit Risiken verbunden: Junge Erwachsene sind mit 29 Prozent die am stärksten von relativer Armut betroffene Altersgruppe in Deutschland. Auch die Verschuldung nimmt im jungen Erwachsenenalter massiv zu.

Eigenständige Jugendpolitik muss das Spannungsfeld und die Wechselwirkungen zwischen der Gestaltung von Bildungs- bzw. beruflichen Übergängen und Etappen der persönlichen Entwicklung junger Erwachsener verstehen, um den damit verbundenen vielschichtigen Bedürfnissen (in Wohnungs-, Familien-, Hochschul- und Arbeitspolitik) begegnen zu können.

STICHWORTE BERUFSEINSTIEG, BILDUNGSANSCHLUSS, FAMILIE, WOHNEN: JUGENDPOLITISCHE HANDLUNGSBEDARFE FÜR STUDIERENDE BENENNEN

Eine häufig als privilegiert wahrgenommene Gruppe junger Erwachsener bilden die Studierenden, deren Zahl stetig steigt. Unter anderem verkürzte Schulzeiten, die Abschaffung der Wehrpflicht und die Einführung neuer Studiengänge haben dazu geführt, dass ein großer Teil der Studentinnen und Studenten die Hochschule bereits mit 22 oder 23 Jahren verlässt. Oftmals gestaltet sich dann der Berufseinstieg problematisch, beispielsweise wenn vor der erfolgreichen Integration in betriebliche Abläufe noch weitere Etappen der Persönlichkeitsentwicklung zu meistern sind.

Im Übergang zwischen Bachelor und Master sowie zwischen Master und Promotion gibt es zudem Passungsprobleme. Unklare Wertigkeiten der Abschlüsse und fehlende Anerkennungen der erbrachten Leistungen können auch zwischen Fachhochschulen und Universitäten für Unsicherheit sorgen.

Etwa fünf Prozent aller Studierenden im Erststudium sind zudem bereits junge Eltern, was mit Herausforderungen für die Fortführung oder Beendigung des Studiums sowie mit wirtschaftlichen Risiken verbunden ist. Eine Eigenständige Jugendpolitik, die sich an alle Jugendlichen und jungen Erwachsenen richtet, muss die vielfältigen Herausforderungen von Studentinnen und Studenten in ihre Themenfelder aufnehmen – dazu gehören u. a. die Gründe für Studienabbrüche und die zum Teil prekäre Wohnsituation, in der Studierende in Deutschland leben müssen.

DATENLAGE MANGELHAFT: WISSEN ÜBER JUNGE ERWACHSENE VERMEHREN

Die aktuelle Datenlage zu jungen Erwachsenen ist grundsätzlich zu bemängeln. Zufriedenstellende Forschungsergebnisse fehlen beispielsweise zu den teils prekären Beschäftigungsverhältnissen junger Volljähriger, ebenso mangelt es an detaillierten Informationen zur relativen Armutslage und Verschuldung. Weiteren Bedarf gibt es zudem an fundierten Erkenntnissen zu gesundheitlichen Belastungen und den Wohnbedingungen junger Erwachsener.

An diesen Beispielen wird besonders deutlich, wie eng Eigenständige Jugendpolitik mit anderen politischen Ressorts verbunden ist, wenn es um die Lebenslagen junger Erwachsener geht.

FÜR PERSPEKTIVEN UND ZUVERSICHT: PREKÄRE LEBENS- UND ARBEITSVERHÄLTNISSE JUNGER ERWACHSENER BEKÄMPFEN

Junge Erwachsene sind einem hohen Risiko ausgesetzt, nach einer abgeschlossenen Ausbildung statt in eine sozialversicherungspflichtige, stabile Vollzeitbeschäftigung zunächst in atypische Beschäftigungsformen, etwa Kettenpraktika oder zeitlich befristete Arbeitsverhältnisse, überzugehen. Das steht einer langfristigen Existenzsicherung und Lebensplanung im Weg und die Wahrscheinlichkeit einer atypischen Karriere, verbunden mit Armut im Erwerbsverlauf, steigt.

Die im europäischen Vergleich geringe Arbeitslosenquote der unter 25-Jährigen in Deutschland (ca. acht Prozent) kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass 20 Prozent der Ausbildungsabsolventen in Deutschland von Übergangsarbeitslosigkeit betroffen sind. Das ist nicht nur auf die sinkende Nachfrage im Bereich der Niedrigqualifizierten zurückzuführen – auch Hochschulabsolventinnen und -absolventen haben Platzierungsschwierigkeiten. Bei den atypisch Beschäftigten dieser Altersgruppe gibt es zwischen



1997 und 2007 einen Anstieg von 19 auf 39 Prozent zu verzeichnen. Das Armutsrisiko für Jugendliche ist zwischen 2000 und 2006 von 16 auf 28 Prozent gestiegen.

Prekäre Arbeitsverhältnisse dürfen nicht zur akzeptierten Norm für junge Erwachsene werden. Eigenständige Jugendpolitik braucht deshalb auch eine arbeitsmarktpolitische Dimension mit dem Ziel, faire Bedingungen in der Ausbildung und am Arbeitsmarkt für junge Erwachsene zu schaffen (siehe S. 62).

Dabei muss es insbesondere darum gehen, den Abbau sozialversicherungspflichtiger Vollzeitstellen zugunsten atypischer Verhältnisse zu stoppen. Ein weiteres Ziel ist die Regulierung von Leiharbeit. Der Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ und die EU-Richtlinie zur Leiharbeit müssen zügig umgesetzt werden.

Um atypische Kettenverträge zu reduzieren, müssen Befristungsmöglichkeiten begrenzt werden. Die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung ist – insbesondere in Zeiten des Fachkräftebedarfs – überfällig; eine gute Personalplanung macht es möglich, nur noch begründet zu befristen. Häufig werden Jugendliche zwar gut ausgebildet, dann aber befristet eingestellt, da die Betriebe sich nicht festlegen wollen. Vorbildliche Entwicklungen gibt es mittlerweile in der Metall-, Elektro- und Milchwirtschaft – hier geht der Trend zur unbefristeten Übernahme. Hingegen gilt im

öffentlichen Dienst eine „Kann-Regelung“ und auch Leiharbeit ist hier sehr häufig. Der Staat käme seiner Vorbildfunktion nach, wenn er einen reibungslosen Berufseinstieg junger Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Staatsdienst ermöglichen würde.

Perspektiven auf beruflichen Aufstieg und Weiterqualifizierungen sowie Verbesserungen bei der betrieblichen Weiterbildung und der öffentlich-rechtlich geregelten Aufstiegsfortbildung gehören ebenso auf die Liste der Zielbeschreibungen einer jugendgerechten Arbeitsmarktpolitik wie eine zweite Chance auf einen qualifizierten Berufsabschluss für Ausbildungslose.

Außerdem muss die Weiterbildungsberatung insbesondere für kleine und mittelständische Unternehmen und die berufliche Qualifizierungsberatung für Arbeitslose und Beschäftigte ausgebaut werden. Wichtig sind darüber hinaus die Förderung der Mobilität junger Fachkräfte, der Erhalt des Jugendwohnens, die Sanierung von Jugendwohnheimen und die Schaffung neuer Wohnheimplätze in Ballungsräumen.

Im Sinne guter Lebensbedingungen der heutigen Jugend muss nicht zuletzt die Zukunftsfestigkeit von bestehenden sozialen Sicherungssystemen wiederhergestellt werden. Diese Forderung wurde vielfach und generationenübergreifend im Prozess zur Entwicklung einer Eigenständigen Jugendpolitik erhoben.



» Fachforum „Erst mal den Abschluss machen – Und dann? Junge Menschen in Ausbildung und beim Berufseinstieg“, 5. März 2013 in Frankfurt am Main

IMPRESSUM



Koordinierungsstelle „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“
Rechtsträger: Verein „Vorstand der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe e. V.“

EIGENSTÄNDIGE JUGENDPOLITIK
DIALOGPROZESS, LEITLINIEN, HERAUSFORDERUNGEN

2. Auflage

EIGENVERLAG UND VERTRIEB

Koordinierungsstelle „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“

c/o Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ
Mühlendamm 3, 10178 Berlin
Tel.: 0049 (0) 30 400 40 230 // Fax: 0049 (0) 30 400 40 232
E-Mail: info@jugendgerecht.de
www.jugendgerecht.de

V.i.S.d.P.: Peter Klausch

Redaktion: Anne Bergfeld, Andreas Kalbitz, Nils Rusche, Jana Schröder
Bildnachweis: Uwe Nölke (Titel, S. 6, 7, 8, 10, 12, 13, 20, 21, 34, 35, 52, 53),
Isabel Kiese Wetter (S. 24, 38, 44 r., 44 u., 46, 56, 59, 60, 66, 70, 73), Andreas Lemke (S. 28),
Kevin Mertens (44 l., 62, 63), Markus Bigge (S. 50, 51)

Gestaltung: Bettina Schmiedel, mondsilber.de

Druck: print24

© Verein „Vorstand der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe e. V.“
Berlin, Februar 2015


gefördert vom:



DAS ZENTRUM

AGJF Arbeitsgemeinschaft
der Obersten Landesjugend-
und Familienbehörden

Arbeitsgemeinschaft für
Kinder- und Jugendhilfe **AGJ**

 Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend


Deutscher
Bundesjugendring


DJI
Deutscher
Jugendring

KOMMUNALE SPITZENVERBÄNDE

 DEUTSCHER
LANDKREISTAG

 DSTGB
Deutscher Städte-
und Gemeindebund

 Deutscher
Städtetag

WWW.ALLIANZ-FUER-JUGEND.DE

